


NR.11 (Dezember 73) J 7581 EX DM 1,00



# WIR WOLLEN ALLES

**Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:**

*BREMEN:* *Proletarische Front c/o Gerd Stalljes, 28 Bremen, Kirchbachstr.144*
*FRANKFURT:* *Revolutionärer Kampf c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
*HAMBURG:* *Proletarische Front c/o Eberhard Jungfer, 2102 Hamburg 93, Hövelbrook 4*
*KÖLN:* *Arbeiterkampf c/o Das Politische Buch, 5 Köln 41, Zülpicherstr.197*
*MÜNCHEN:* *Arbeitersache c/o Basis-Buchhandlung, 8 München, Adalbertstr.41b*
*NÜRNBERG/ ERLANGEN:* *über Politladen, 852 Erlangen, Postfach 2849*
*SAAR-BRÜCKEN:* *Gruppe "Rote Fahne" c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*



*Zuschriften und Bestellungen nur an die Anschrift der Zeitung:*
WIR WOLLEN ALLES 8551 Gaiganz Nr.12

# Der Traum ist aus

Spätestens seit 1966/67 sollten wir hellhörig sein, wenn uns die Unternehmer eine Krise bescheren wollen. Damals war es die „Talsohle", die benutzt wurde, um „faule" Arbeiter rauszuschmeißen und „die Belegschaft zu reinigen". Mit dem Spuk „Gefährdung der Arbeitsplätze" wurden Lohnkürzung, steigende Arbeitshetze, Rationalisierungen in den Betrieben begründet. Facharbeiter wurden zur Dreckarbeit abgeschoben. Und am Ende der Krise standen dann sanierte Produktionsverfahren, neue Lohnsysteme, steigende Profite . . . und auf der anderen Seite standen die Arbeiter, die dies mit ihren Lohnkürzungen bezahlt hatten und dafür nun schneller arbeiten mußten.

Und nun ist es wieder so weit: Sie wollen ihre Krise machen und die Schuld den Arabern zuschieben. In der Tat, es wird vielleicht im Januar 15 % weniger Öl hier ankommen als bisher. Bis jetzt allerdings sind die Lieferungen normal gewesen. Trotz der Vorratskäufe konnten die Ölkonzerne ihre Vorräte von 76 auf 85 Tagessätze aufstocken. (Dabei verdienen sie doppelt: sie kassieren eine Vorratsprämie, verknappen das Benzin und Heizöl und kassieren dann an den Tankstellen die überhöhten Preise.)

Also von Ölknappheit im Moment keine Spur. Sie ist eine Ausrede, ein leichter Sündenbock. Wenn es keine Ölkrise gäbe, hätten sie etwas anderes finden müssen: eine Krise brauchen sie jedenfalls. Wir wollen versuchen, die Interessen darzustellen, die verschiedene Gruppen an dieser Ölkrise haben. Denn wir meinen, daß Willi Brandt zumindest genausoviel an ihr gelegen ist wie den Ölscheichs.

### Die Ölscheichs und die arabischen Regime

Bestimmt hat Sadat den Krieg gegen Israel am wenigsten deshalb angefangen, weil er den vertriebenen Palästinensern zu ihrem Recht verhelfen will. Denn ihm sind die Palästinenser, die Fremdarbeiter Israels, die revolutionären Gruppen unheimlich: in seinem Land sitzen die Linken in den Gefängnissen.

Und Sadat sitzt auf einem Pulverfaß. Kein ägyptischer Bauer oder Arbeiter wird durch Armut und sowjetische Raketen zufriedener. Sadat muß also versuchen, eine Entwicklung einzuleiten, durch die die Arbeiter mehr Lohn bekommen und dabei noch mehr Profite einbringen. Er muß versuchen, die Maschinen einzusetzen, die den Kapitalisten in USA oder Europa jahrzehntelang genützt haben: er muß die Arbeiter an die Arbeit binden.

Ähnlich geht es den Ölscheichs, die ihre feudalistische Herrschaft nur dann aufrechterhalten können, wenn sie ihrem Land eine neue Infrastruktur geben.

Dabei haben die arabischen Machthaber zwei Aufgaben vor sich:

# Industrialisierung – gegen die Massen

1. Sie müssen sich mit Israel, dem Zentrum der Entwicklung im Nahen Osten arrangieren. Sie müssen einen neuen Status quo in der Beziehung zu ihrem Nachbarn finden, bei dem sie mehr Spielraum gegen die Klasse im eigenen Land haben. Die Kriegsoffensive gegen Israel war also eher der Anfang eines Arrangements zwischen israelischen und arabischen Kapitalisten als ein Kampf um die Rechte der vertriebenen Araber.



2. Sie müssen jemanden finden, der ihnen eine neue Produktionsstruktur liefern kann. Und für diese beiden Aufgaben setzen sie ihr Öl ein. Sie zwingen die Industriestaaten, den Zionismus zu einem „kapitalistisch-solidarischen" Internationalismus zu bekehren, und sie markten einen höheren Preis für ihr Öl aus, um sich dafür eine solide kapitalistische Produktionsstruktur einzuhandeln.

Die EG-Bonzen haben schnell verstanden. Die Aufforderung vom 6. 11. 1973 an Israel, sich zurückzuziehen, wurde nicht gezwungenermaßen ausgesprochen, sie paßt gut in die Vorstellungen des EG-Kapitals. Scheel propagierte die „Rolle Europas bei der Friedenslösung im Nahen Osten" (die es den Regimen ermöglichen soll, die Bevölkerung durch Arbeit niederzuhalten). Und Entwicklungsminister Eppler fuhr ziemlich prompt nach Ägypten, mit einer Sonderbotschaft von Brandt in der Tasche. Wenig später (24. 11. 1973) beschloß das Bundeskabinett die steuerliche Begünstigung von Kapitalexporten in die Erdölländer, eine großzügige Kreditregelung für diese Länder und eine Koppelung von Rohstoffimporten und technologischen Exporten.

Die Ölregime handelten zur gleichen Zeit: Auf ihrer gemeinsamen Konferenz, der OPEC, bestimmten sie ihre neue Marschroute. Sie lehnen es nun ab, mit den Ölkonzernen zu verhandeln, denn diese können ihnen keine politischen oder technologischen Konzessionen machen, sie verhandeln nun direkt mit den Regierungen oder staatlichen Ölkonzernen. (Prompt plant die Bundesregierung die Gründung eines staatlichen Ölkonzerns; den Anfang bildet der Ankauf eines Gelsenberg-Aktienpakets.) Die Ölländer wollen bei jedem Land individuell bestimmen, wieviel Öl wieviel kosten soll, wobei Lieferung und Preis abhängig gemacht werden von der Exportbereitschaft der Industrieländer und ihren Exportpreisen. Dabei haben einzelne Länder ihre Ölpreise bereits um 100 % steigen lassen (Oman, Nigeria), ein deutliches Zeichen für den Willen dieser Staaten, sich für ihr Öl ein neues Niveau der Unterdrückungsmechanismen zu erkaufen. (Dabei müssen wir kurz erwähnen, daß nicht alle Länder mit dieser Strategie konform laufen. So haben Venezuela und Persien – den Schah hat sich der CIA ja auch etwas kosten lassen – ihre Öllieferungen in letzter Zeit sogar erhöht; Libyen und der Irak fühlen sich stabil genug, wenig von dem Arrangement mit Israel zu halten.)

Jedenfalls ist klar erkenntlich, daß die Öllieferländer ihre Exportkürzungen nicht auf längere Zeit ausdehnen wollen – auch Sadat hat schon vom Europaboykott Abstand genommen – es ist überdeutlich, daß die westdeutsche Ölkrise nichts anderes ist als ein Alibi für die Profitkrise.

# EWG: Krisenmanagement gegen die Arbeiter

Den EWG-Technokraten kommt die Krise gerade recht. Denn sie wissen längst, daß sie gegen die Kämpfe, gegen die Arbeitsverweigerung nur noch gemeinsam vorgehen können. Aber sie hatten es schwer, die unterschiedlichen Entwicklungsstrategien der verschiedenen Länder zusammenzufassen. Jetzt haben sie eine gemeinsame Krise, in der sie erstens die Mechanismen erproben können, die das Kapital durch eine Krise stärken sollen, und in der sie zweitens sich als gemeinsame Macht auf dem Weltmarkt darstellen können, um ihre Einflußbereiche abzustecken.

So werden die Pläne für einen Fonds für Regionalpolitik (der die Kämpfe auf engen Raum begrenzen soll), für einen europäischen Rechnungshof, für die Währungsunion wieder hervorgeholt; der Ministerrat beschließt eine gesamteuropäische Krisengesetzgebung (schon im Juli (!) wurden alle Regierungen verpflichtet, ein Energiesicherungsgesetz zu schaffen, das z. B. die Fahrverbote enthält: die Ölkrise ist durchaus ein Unternehmen der Kapitalisten in europäischem Maßstab!), und schließlich treffen sich die Außenminister, um „Verfahren frühzeitiger Erkennung und Bewältigung Europa angehender Krisen" (Scheel) zu beraten.



Auch wenn die weitergehenden Mechanismen europäischer Öl- und anderer Kontrolle noch ausstehen (die Brüsseler Kommission kann bislang die Ölverschiebungen nur registrieren), das Europa der Unternehmer hat mit seiner gemeinsamen Krise weitere Fortschritte gemacht.

# Die Krise der westdeutschen Unternehmer

Wir kennen es schon: Was Erhard 1966 an Maßhalteappellen losließ, horen wir jetzt wieder: „Die Krise ist eine gute Erprobung des Gemeinschaftsgeistes", sie ist „eine wertvolle Erfahrung für uns alle" (Brandt). Für uns wird sie nur dann eine wertvolle Erfahrung, wenn wir gegen die Einschränkungen, die uns aufgezwungen werden, Widerstand leisten können.

Es ist ja bekannt, daß die Fahrverbote für Sonntage keine wesentlichen Öleinsparungen bringen. Sie bezwecken zwei Dinge: erstens die Krisenstimmung soll angeheizt werden, die Bevölkerung soll Angst bekommen: Angst um das Auto, um die warme Wohnung, um den Arbeitsplatz. Dann wird sie sich leichter mit den Einschränkungen abfinden, ohne sich zu wehren. Zweitens: Die Fahrverbote sind eine gute Möglichkeit für die Polizei, den Ernstfall zu üben und die Bevölkerung an Ausgehverbot und Großeinsätze zu gewöhnen.

# Die Ölkrise ist nur die Spitze des Eisbergs

Wir können mit Sicherheit sagen, daß die Schwierigkeiten der Unternehmer nicht erst seit der Ölkrise bestehen:

- Seit dem Sommer lösen sie Textilbetriebe auf, die sie nicht mehr für profitabel halten; die Rohstoffpreise für Wolle und Baumwolle steigen.
- Allein im Oktober (als von Ölkrise noch kaum die Rede war) fiel die Auftragsrate der Autoindustrie um 30 %.
- Der Chemiesektor leidet unter steigenden Rohstoffpreisen.
- In der Bauindustrie macht eine Firma nach der anderen dicht.
- Die Stahlbauaufträge liegen schon länger 20 % unter dem Vorjahrsniveau, etc., etc.
- Vor allem aber: Die Bevölkerung ist sauer über die Inflation. Schwarzfahren und Kaufhausklau nehmen zu. Ausländer und Deutsche kämpfen gemeinsam für weniger Arbeit und mehr Geld. Dabei haben besonders die ausländischen Arbeiter hart gekämpft.




Dagegen fahren die Unternehmer nun ihre Waffe auf: Krise, Ausländerstopp, Lohnbeschränkungen, Konsumbeschränkungen.

Gewerkschaften, SPD und Unternehmer sind sich einig: Private Beschränkung, Sicherung der Arbeitsplätze. Das bißchen Leben soll noch beschissener werden, die Arbeit schlechter bezahlt. Und dann meint Willy Brandt noch: „Die Bevölkerung unterstützt – von einzelnen Stimmungsschwankungen abgesehen (!) – die Handlungen der Regierung voll." Im gleichen Atemzug erklärt er, daß man sich bei den nächsten Lohnrunden Beschränkungen auferlegen müsse – 10 % Lohnerhöhung seien weit zu hoch gegriffen. Die kommenden Tarifrunden sollen also rechtzeitig abgeblockt werden.

Sehen wir nun, wie drei der „am meisten betroffenen" Industriezweige die Krise für sich nutzen können:

# Die Autoindustrie

Sie war von den Teuerungskämpfen am härtesten betroffen. Die Autounternehmer können also die Chance wahrnehmen, die aufsässigsten Arbeiter, über die sie ohnehin genau Buch führen, endgültig an die Luft zu setzen und die Widerstandsgruppen der Türken oder Italiener auszuweisen oder un-




schädlich zu machen. Jedenfalls werden sie die Zugeständnisse, die sie bei den Streiks machen mußten, wieder rückgängig machen. (Wenn man bedenkt, daß in Südafrika ein Arbeiter für 18 Pfennig pro Stunde am Band steht, kann man sich denken, daß die Unternehmer den Produktionsausfall verschmerzen können.)

# Die Chemieindustrie

Sie leidet seit einiger Zeit unter Verteuerung der Rohstoffe: der Boom der chemischen Massenproduktion lohnt sich nicht mehr. Die Profitspanne für konsumorientierte billige Fasern oder Plastikverpackungen wurde – in Erwartung der „Konjunkturabschwächung" – zu gering. Die Chemie wird also ihre Produktion auf „hochwertige" Produkte für technologische Zwecke konzentrieren, ohne daß der Schwund von Plastiktüten in den Supermärkten oder der billigen Hemden, ohne daß die Verschiebungen der Arbeiter auf nennenswerten Widerstand stießen. Sie wird Einsparungen vornehmen und sich stärker auf ihre Rolle – der Einführung der Chemie in weitere Produktionsprozesse – konzentrieren.

# Die Textilindustrie

Seit der starken Inflation kauft niemand mehr den Ramsch; sie wird nun im Dunkel der herbeigezauberten Ölkrise die Schließungen und Umstrukturierungen durchführen, die sie seit längerem anvisiert.

Eine Seite der Krise ist also: neue „Reinigung der Belegschaften", wie wir es ja schon von 1966 her kennen, Stillegung der weniger profitablen Produktionsanlagen, Verschiebung der Arbeiter auf schlechter bezahlte Arbeitsplätze. (Wie sagte noch Willy Brand: „Jeder wird, wenn nicht **seinen**, so doch **einen** Arbeitsplatz erhalten . . . ")

Eine weitere Seite: die neuen Energieplanungen, die nun gegen den Widerstand der Umweltschützer leichter durchgesetzt werden können: Kernkraftwerke, staatlicher Ölkonzern, rationalisierte Inlandsförderung.

## Die Ölkrise: Ein Kampfinstrument der Unternehmer



Zweifellos wichtiger aber ist: Die Ölkrise ist ein Instrument, mit dem die fällige Kürzung des Massenkonsums unter dem Deckmantel der „gemeinsamen Anstrengungen" durchgesetzt werden kann; weniger Lohn, höhere Preise. höhere Mieten, Einschränkung der Autos, Einschränkung der chemischen Massengüter usw. – die Inflation hat nur einen neuen Namen bekommen.

Stellen wir uns vor, wie scharf der Widerstand gegen Kurzarbeit oder noch höhere Preise ohne diesen Ölpopanz wäre, dann wissen wir, wie bitter nötig die Unternehmer ihre Krise hatten.

Und das ist die absehbar wichtigste Auswirkung der Krise: der unbefristete Anwerbestopp für ausländische Arbeiter. Seit die Türken gezeigt haben, daß sie nicht nur billig arbeiten, sondern auch kämpfen können, sind sie unerwünscht. Schon seit Mitte des Jahres hat das Arbeitsamt versucht, durch Verdreifachung der Anwerbegebühr die Ausländer rauszuhalten. Jetzt haben sie gründlicher zugeschlagen. Die Anwerbebüros sind geschlossen. „Illegale" Ausländer werden verschärft verfolgt. Parallel dazu laufen auf EWG-Ebene Dringlichkeitsanträge der europäischen Kommission, den EG-Sozialfonds für europäische Emigranten einzusetzen, je nachdem zur Integration oder zur Erhaltung ihrer Mobilität, und eine einheitliche Arbeits- und Urlaubsregelung für alle europäischen Arbeiter einzuführen. Die Spaltung des Emigrationsarbeitsmarktes in europäisch und außereuropäisch, die stärkere Hierarchisierung der Arbeitsemigranten sind ein Plan, der nun in der Krise endgültig durchgesetzt werden soll.

Eines dürfte klar geworden sein: Wenn wir Ja und Amen zu den Beschränkungen sagen, die die Unternehmer uns anhängen wollen, werden wir wieder verkauft. Die Krise der Unternehmer ist nicht unsere Krise und wir dürfen nicht zulassen, daß sie wieder zur Krise gegen uns wird. Soll doch Genscher mit dem Fahrrad aus China zurückkommen!

---

OPEL

Rüsselsheim

# 7. Dezember: Unruhige Betriebsversammlung

# Die Unternehmer haben die Krise produziert –

Wir haben drei Punkte vor der BV in unserer Flugblattagitation herausgestellt:

1. Zur Tarifrunde
   a) Lineare Lohnforderung von 250–300 DM.
   b) Veränderung der Schichtzeiten von bisher 5.45 Uhr bis 14.15 Uhr und von 14,15 Uhr bis 22.45 Uhr auf neue Schichtzeiten von 6 bis 14 Uhr und von 14 bis 22 Uhr. – Dadurch bezahlte Mittagspause. – Außerdem die Forderung nach 6 Minuten Pause pro Stunde bei stehenden Bändern.
2. Der Zusammenhang zwischen der Tarifrunde und der Ölkrise
   a) Die Ölkrise kommt zur Tarifrunde den Unternehmern aller Branchen sehr gelegen. Besonders für die Automobilindustrie, die unabhängig von der Ölkrise in einer Absatzkrise allgemein steckt.
   b) Der Kleine Mann soll mal wieder die Zeche bezahlen. Unsere Lohnforderungen müssen deshalb gerade jetzt hoch angesetzt werden, damit wir bei den zu erwartenden Verteuerungen was zum Zusetzen haben.
3. Zur Kurzarbeit
   a) Die Kurzarbeit bezahlen wir aus eigener Tasche.
   b) Von Entlassungen sind nicht nur die Ausländer, sondern im gleichen Maße die deutschen Kollegen bedroht.
   c) Der Opel hat Geld genug – keiner wird entlassen.

## Die Diskussionen im Betrieb

Ölkrise und Kurzarbeit waren in den letzten Wochen die Schwerpunkte der Diskussion im Opel. Die Tarifrunde wurde nur mittelbar dazu diskutiert. Keine konkreteren Auseinandersetzungen mit den Forderungen in den Abteilungen. Dies ist wohl auch erst nach Weihnachten für den Opel aktuell und sinnvoll.

Zunächst war die Wut gegen die Araber und Arbeitsemigranten gerichtet. Angst vor Arbeitsplatzverlust begünstigen ein Ansteigen des Rassismus (verstärkt durch den Bildzeitungsartikel).

Im Verlauf zunehmender Informationen im Betrieb über die Zusammenhänge der Ölkrise wird vielen Kollegen zumindest soviel klar, daß die Krise nicht auf das politische Problem der Auseinandersetzung zwischen Israel und den Arabischen Staaten zu reduzieren ist, sondern in der Konsequenz des marktwirtschaftlichen Systems liegt. Die Kollegen wissen, daß die Kapitalisten – in diesem Fall die großen Ölkonzerne – die Krise nutzen, um ihre Profite jetzt und heute, wo sie noch drin sind, weil viele Kollegen noch zuviel Angst haben, zu realisieren. Der kleine Mann und die kleine Frau müssen die Suppe auslöffeln, die die Großen ihnen einbrocken.



## Die Betriebsversammlung

Betriebsratsvorsitzender Paul Lorenz eröffnet die BV mit einer wohlgesetzten Rede, in der er versucht, haarklein die vielen „Erfolge" der IGM aufzuzählen. Soviel wird aufgezählt, daß man am Ende gar nicht mehr weiß, was denn nun eigentlich erreicht worden ist und von wem. Erstaunlich, daß Lorenz gerade mit denselben Worten wie Personalchef Dr. Walter Schlotfeld an alle „Hauptabteilungsleiter und Hauptbetriebsleiter . . ." einen Zahlenvergleich zum Vorschlagswesen beim Opel bringt und ihn mit den Worten Schlotfelds kommentiert: „Diese Gegenüberstellung läßt auf eine ernstzunehmende Resignation unserer Mitarbeiter und ein

(weiter S. 4)



# Sie sollen sie auch bezahlen!

schwindendes Vertrauen zum Vorschlagswesen schließen . . . Dies wird durch die Tatsache unterbaut, daß rund 30 % aller Reklamationen auf abgelehnte Vorschläge nachträglich zu einer Annahme führte. Die möglichen Einsparungen gehen somit dem Unternehmen durch die oft sehr langen Prüfwege und die damit verbundenen Beratungszeiten von mehr als einem Jahr häufig verloren." Es erschlägt einen oder man entschlummt. Auffällig ist noch, daß Lorenz die Situation fast schwärzer malt als Schlotfeld. Verhaltener Beifall am Ende.

Darauf ergreift Dr. Walter Schlotfeld das Wort, seines Zeichens Personalchef der Adam Opel AG. Die Tendenz seiner Rede ist gemäßigt, verbindlich, macht aber dennoch klar: Wir brauchen zwar nicht gleich an den Untergang der Automobilindustrie zu denken, aber es stehen schlechte Zeiten ins Haus. Wir haben nicht das „Glück" von Sonderschichten, sondern es muß sogar kurzgearbeitet werden, die Preise steigen **auch** für die Unternehmer, wir müssen uns einschränken, Energie sparen, wo wir können, und vor allem „überhöhte" Lohnforderungen sind jetzt überhaupt nicht diskutabel. Wir werden „gesegnet" und sollen vernünftig sein. Auch hier immerhin bzw. schlimm genug verhaltener Beifall, aber auch Buhrufe und Pfeifen – was ein Glück!



**Der neue Leiter der Personal- und Sozialabteilung**

Dr. jur. Walter Schlotfeldt

... vertrat er die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in den Gremien der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, ...

**Mehr Licht
Mehr Sicht
Mehr Sicherheit!**

Die „Aussprache" ist zumindest teilweise ein „Segen" und gebraucht die Vernunft. 17 Kollegen sprechen – die längste BV, seitdem wir im Betrieb sind – und zeigen deutlich, daß sie einiges kapiert haben. Sie lassen sich nicht mehr so ohne weiteres einschüchtern wie noch in der Krise 1966/67. Sie geben fast alle in ihren Beiträgen zumindest als Anspruch einheitlich starke Gewerkschaft, die mit der Mitbestimmung ernstmacht, zu erkennen. Die vorangegangenen wilden Streiks und die Abschlüsse in Baden-Württemberg haben die Gewerkschaften ziemlich in Zugzwang gebracht. Gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen, gegen ihre Angst, nicht mehr mit dem Geld zurechtzukommen, wird die Forderung nach mehr kämpferischer Solidarität wieder ernster genommen. Sie stellen heraus, was sie wollen, was ihnen stinkt und warum sie nicht bereit sind, trotz Ölkrise und Kurzarbeit auf klare Lohnforderungen von 17 % zu verzichten. Auffällig ist, daß das Selbstbewußtsein auf dieser BV sich messen läßt an der Konkretheit, mit der Zusammenhänge zwischen Arbeitsverschlechterung und Ölkrise erkannt werden. Auf der anderen Seite müssen wir auch ganz klar sehen, daß am Ende der BV nur noch 500 Kollegen von vorher 2 000 und von insgesamt 35 000 Beschäftigten beim Opel Rüsselsheim da sind. Dies spricht nicht unbedingt für politisches Bewußtsein der Opler. Allerdings sind auch viele Kollegen nicht da, die das ganze Gerede nicht ausstehen können und die in ihren Handlungen und Verhaltensweisen in den Abteilungen viel radikaler sind.

Aus den Abteilungen heraus, von den einzelnen Arbeitsplätzen her und selbst bezogen auf die gerade stattfindende BV (Die Betriebsleitung läßt wohl im Rahmen der Energieeinsparung die Heizung abstellen, um die BV vorzeitig zu beenden) bringen die Kollegen ihre Forderungen ein (mehr Licht, mehr Sicht, mehr Sicherheit, Pausenraum etc.).

**Die Drohung mit der KRISE zieht nicht mehr!**




Wenn auch in keinem Beitrag der Kollegen – außer einem Beitrag, der akustisch schlecht zu verstehen war – die Zuspitzung auf Forderungen für die Ölkrise erfolgte, bringen mehrere Kollegen, die an der Ölkrise ansetzen, ihre Wut über die Krise, die Kurzarbeit – bei noch im Sommer gefahrenen Sonderschichten – und die schlechten Arbeitsbedingungen bei den unverzichtbaren Forderungen für die Tarifrunde zusammen. So ist auch weniger von Krisenangst spürbar als 1966/67. Im Gegenteil! Mit einem „trotzdem" oder „gerade jetzt" wird die Lohnforderung von 17 % für die Tarifrunde immer wieder offensiv eingebracht.

Stärker als sonst wird personalisiert. Der Personalchef ist in vielen Beiträgen Zielpunkt der Kritik. Die Kollegen kämpfen nicht abstrakt gegen den Kapitalismus, sondern benutzen ihren Unterdrücker, der für sie konkret angreifbar ist, als Zielscheibe. Er, der uns gerade einen maßvollen Tarifabschluß empfohlen hat, bekommt den aufgestauten Haß konkret zu spüren.

Die Kollegen, die reden, gehören zwar verschiedenen politischen Gruppen an (Gewerkschaftliche Linke, DKP, Gewerkschaftsopposition, RK), aber man gewinnt den Eindruck, daß alle gemeinsam gegen die Opelkapitalisten Front beziehen, die Unterschiede sind minimal. Die Gewerkschaftskritik ist kleingeschrieben. Sie ist nicht der Angriffspunkt dieser BV. Die Kollegen, die zuhören, sind zwar erregt und teilweise auch eingeschüchtert, aber nicht entmutigt. Sie reagieren mit starker Zustimmung auf die offensiven Forderungen, weil ihre Existenz bedroht ist, weil die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen sie aggressiv macht.

**Das war erst der Anfang!**

Folgende drei Punkte sind für die Einschätzung der BV u. M. n. entscheidend:

1. Die Angst vor der Krise, die die Kollegen noch 1967 massiv auf der damaligen BV gezeigt haben, ist nicht mehr allein bestimmend. Stattdessen werden offensiv Forderungen gestellt, allerdings nur von einer kleinen Anzahl im Opel. Die gewerkschaftliche Linke versucht, sich mit harter Argumentation zu profilieren.
2. Die Ölkrise war zwar das vorherrschende Thema der BV, aber doch so, daß die Kollegen ganz klar den Zusammenhang zur Tarifrunde und zu ihrer eigenen Situation am Arbeitsplatz hergestellt haben und sich konkret gegen die realen Lohnkürzungen, Einschränkungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zur Wehr setzen wollen.
3. Wir selbst haben es zwar verstanden, die konkreten Forderungen der Kollegen aufzugreifen und im Zusammenhang von Krise, Tarifrunde und Kurzarbeit abteilungsspezifisch anzusprechen, so daß die Mehrzahl der Kollegen lautstark zugestimmt hat, aber wir haben uns schwer getan, unseren Anspruch auf „Vorantreiben" der Bewegung im Betrieb einzulösen.

Was heißt das? Wir hätten uns schon vor der BV sehr viel stärker praktisch zu den gewerkschaftlichen Forderungen definieren müssen. Unsere Kritik an den gewerkschaftlichen Forderungen hätte – wäre sie früher erfolgt – stärker die Forderungen von uns für die BV in der Masse der Belegschaft verankern können, wie dies damals 1971 bei der Eine-DM-Forderung der Fall war, die allerdings nur auf die damalige intensive Ausländerarbeit entstehen und als Forderung auf der BV vereinheitlicht werden konnte.

Unser Hauptproblem ist, daß es momentan zwar mehr als früher Bewegungen im Opel und Veränderungen im Bewußtsein der Kollegen gibt, daß wir aber als RK-Genossen im Opel nicht direkt mit dieser Bewegung in Verbindung stehen, sondern nur mittelbar. Nicht zuletzt ist die völlig lahmliegende Ausländerarbeit eine unserer größten Schwierigkeiten. Fragen, die sich daraus ergeben, werden wir in der nächsten Nummer konkret ansprechen.

**RK**

### FIAT-Boß entführt:

## Personalchefs leben gefährlich

Am Montag, 10. 12. 1973 um 7.40 Uhr, wurde der Personalchef der Gruppe Otto bei Fiat, Ettore Amerio, in der Nähe seines Hauses von einem Kommando der Roten Brigaden entführt. Diese, als Techniker des Telefondienstes getarnt, haben ihn mit einem kleinen Lastwagen, den sie einige Tage vorher geklaut hatten, irgendwohin befördert. In einem Flugblatt, welches an demselben Tag verteilt worden ist, erklärten sie sich als Täter der Entführung und begründeten diese: „Ettore Amerio ist zur Zeit in einem Gefängnis des Volkes untergebracht. Jede polizeiliche Fahndung kann sein Leben in Gefahr bringen. Die Dauer der Haft dieses Fachmanns des Terrorismus gegen die Arbeiter hängt von drei Faktoren ab: der Einstellung der Handhabung der Fiat gegen die Arbeiter und ganz besonders der Aussperrung, dem Verhör des Gefangenen und dem Verhalten der Presse."

In Bezug auf die zweite Bedingung besagt das Flugblatt, daß die Roten Brigaden „die faschistische Politik der Fiat in ihrem Angriff gegen die Arbeiterorganisationen deutlich machen, verstehen und ganz besonders die Entlassungswellen von Arbeitern und die ununterbrochenen Versuche, die Arbeit zu vermehren, klar machen". Amerio soll die Angriffe begründen, die in den letzten Monaten die Entlassung von 250 kämpferischen Arbeitern verursacht haben: außerdem soll er die Entwicklung der Bespitzelung von Arbeitern seitens des Unternehmens mit Hilfe der gewerkschaftlich-faschistischen Organisationen Cisnal und MSI erklären.

Ferner fordern die Roten Brigaden auf, „der Bourgeoisie keinen Waffenstillstand zu gewähren, da es sich dieser ermöglicht, sich wieder zu organisieren". Andererseits fügen sie hinzu, „es muß so gehandelt werden, daß die gegenwärtige Krisis des Regimes sich weiter vertieft, damit der Kampf sich in einen bewaffneten Kampf für den Kommunismus verwandelt".

Inzwischen wurde Amerio wieder freigelassen.

**ID**

# Grosse Angst oder grosser Hass?

*Im folgenden drucken wir Beiträge der Opel-Betriebsversammlung ab, die auf Tonband mitgeschnitten wurden.*

## 1. Die 3 Geschenke des Opel

Kolleginnen und Kollegen,
normalerweise sagen wir, daß wir nichts geschenkt bekommen. Dieses Jahr jedoch haben wir gleich drei Geschenke erhalten. Wir können uns damit zwar auch nichts kaufen, aber wir können daraus einiges lernen.

Da wären als **erstes** die berühmten Briefe: Auch ich erhielt von der Personalabteilung (Lohnempfänger) einen solchen Brief, in dem mir nahegelegt wurde, nicht mehr zum Arzt, sondern zum Opel schaffen zu gehen, wenn ich krank bin. Diesen Brief hat ein Herr Mack unterschrieben. Also habe ich ihn angerufen und ihn höflich gefragt, was es denn mit dem Brief auf sich hat. . . . „Keine Sorgen machen, keine Bedeutung, der Krankenstand ist so groß, 10 %, in Gustavsburg nur 5 %, Krankenkassenbeitrag erhöhen, der Brief ist kein disziplinarisches Mittel, kommt aber zu den Akten."

Nun, Kolleginnen und Kollegen: entweder weiß der Herr Mack und die anderen Verantwortlichen wissen es auch nicht, warum Opeler zum Arzt gehen, außer aus Bosheit, um das Geschäft zu schädigen, entweder wissen die nichts über die Arbeitsbedingungen hier – dann ist das ein Zeichen von Unfähigkeit der Geschäftsleitung. Das kann ich aber einem so gut gehenden Unternehmen wie der Adam Opel AG nicht unterstellen, daß die Geschäftsleitung unfähig ist. Wenn das nicht so ist, gibt es noch eine andere Möglichkeit: wider besseres Wissen wollen sie uns, auch wenn wir krank sind, in die Fabrik jagen und wollen allen auf jeden Fall Angst einjagen. Harmlos ausgedrückt: die Herren der Geschäftsleitung sind unserer Gesundheit gegenüber nicht sehr rücksichtsvoll.

Das **zweite** Geschenk haben wir alle bekommen: die Energiekrise. Beim Opel läuft die unter der Parole „Energie sparen". Wie geht so was vor sich? Zum Beispiel: Am Wochenende wird im I-Bau die Heizung abgestellt. Da es letztes Wochenende sehr kalt

(Forts. S. 5)



war, wurde viel Energie gespart. Zwar sind gegen Montag dann im Vergaserbau die Rohre geplatzt, aber wer konnte denn ahnen, daß bei Frost Rohre platzen? Zwar sind am Montagmorgen im I-Bau Werkzeuge kaputtgegangen an Drehmaschinen, weil das zu dickflüssige Öl nicht mehr aus den Düsen herauskam, und so mußten die Schlosser das Öl nachher mit dem Tauchsieder anwärmen. Maschinen gehen kaputt, aber Energie haben wir gespart. Daß die Menschen auch kaputt gehen in der Eiseskälte – im I-Bau sind auch noch an ein paar Rolltoren die Heizlüfter kaputt, am Montag war's in der Spätschicht um sechs noch eiskalt, im K 84 und im K 19 wurde die Lagerheizung ausgestellt, die Torgebläse auf kalt – kurz, daß die Menschen kaputtgehen, ist unwichtig, wenn wenigstens Energie gespart wurde. Denn Menschen kann man ja wieder Drohbriefe schreiben, wenn sie sich dann mit Grippe ins Bett legen wollen, die faulen Hunde.

Aber auch mit der gesparten Energie sieht es nicht so gut aus. Erstmal: die Anlaufenergie am Wochenanfang, nachdem der Opel übers Wochenende eingefroren wurde, ist höher als die normale. Die im Chassis I rausgeschraubten Neonröhren bringen am Tag so viel Energie, wie eine schwerere Maschine in einer Stunde braucht. Riesenenergien für Energiesparen werden verschwendet und was bei rauskommt, sind ganz kleine Mengen eingesparter Energie und außerdem Schaden an Maschinen und Gesundheitsschäden bei den Kollegen und Kolleginnen. Ich halte das letzte für das Wichtigste, denn es ist unverantwortlich, wegen ein paar Kilowatt gerade den älteren und anfälligen Kollegen die Gesundheit endgültig zu ruinieren.

Und so stell ich mir wieder die gleiche Frage: Sind die da oben so unfähig, daß sie noch nie was von Rohrbrüchen bei Frost gehört haben, daß sie eingesparte Energie nicht ausrechnen können? Das kann doch nicht sein in einem gutgehenden Unternehmen unter amerikanischer Aufsicht; das ist doch schon wieder dasselbe: die wollen uns mächtig Angst einjagen, koste es, was es wolle.

Und dann noch das **dritte** Geschenk: Kurzarbeit. Daß die nicht mit der „Ölkrise" zusammenhängt oder wenigstens kaum, das weiß inzwischen fast jeder. Wenn schon Krise, dann Absatzkrise im Automobilbau. Und auch da macht die Geschäftsleitung wieder ein seltsames Bild: Letztes Jahr und in diesem Jahr bis Mai: Sonderschichten, Überstunden, Produktionssteigerungen auf Teufel komm raus. Jeder in den Abteilungen hat gewußt, daß es so nicht weitergeht, daß einmal kein Mensch mehr den „Rekord" kaufen will, wo überall von überfüllten Straßen die Rede war. Aber es wurde produziert und Gewinne eingesackt. Jetzt leidet die Autoindustrie plötzlich Not. Aber wie in der Krise 1966/67 – wo die Gewinne der Adam Opel AG sehr in Ordnung waren – geht es uns wieder an den Kragen.
A-Bau am Dieselband, Nachtschicht auch im A-Bau, im M55, D-Bau: so notleidend sieht es nicht aus. Und auch die sog. Parkplatzwagen sind schon bestellt. Kurz: wenn man sich so die Produktionsplanung ansieht, könnte man zunächst meinen, man hätte es mit Wirrköpfen zu tun. Doch auch diesmal will und kann ich der Geschäftsleitung nicht Dummheit und Kurzsichtigkeit unterstellen, sondern Schlauheit und Weitsichtigkeit. Mit dem „Kadett" hat sie vielleicht etwas ins Nasse gegriffen, dafür kommt jetzt wieder der „Ascona 12" auf den Binnenmarkt – keine Angst, wo alles krank ist oder kriselt, der Adam Opel ist so schwach nicht, wie er tut.

Drei Geschenke also, die uns lehren sollen, wer hier Herr im Hause ist, die uns lehren sollen, daß da ein scharfer Wind von oben herab weht. Wenn ich nun sage, daß das mit der Absatzkrise alles halb so schlimm ist, heißt das dann, daß die Angst um den Arbeitsplatz unberechtigt ist? Kaum, Kolleginnen und Kollegen, diese Angst ist im Kapitalismus immer berechtigt, bewußt wird sie uns nur, wenn die freie Marktwirtschaft plötzlich nur noch die Freiheit der Preissteigerungen offen garantiert, wenn aus der Sozialpartnerschaft im Betrieb plötzlich ganz offen die Macht des Stärkeren übrigbleibt.

Solange das Wirtschaftswachstum aufwärts ging, konnten sie uns abspeisen mit unserer Würde als Staatsbürger und Mitarbeiter im Betrieb. Jetzt, wo der Profit ein wenig angeknackst zu werden droht, ist wieder alles klar. Wir schaffen, und tragen dem Unternehmer sein Risiko auch noch auf dem Buckel. Kollegen, es gibt welche, die sagen, dem Arbeiter geht es noch viel zu gut. Erst wenn man ihm das Messer an den Hals setzt, wehrt er sich.

Ich finde, niemand von uns geht es zu gut. Im Gegenteil, was wir alles noch bräuchten, um ein bißchen zufrieden zu sein! Aber: die meisten von uns glauben, es ginge ihnen zu gut! Das ist der Fehler, die haben vergessen, daß die freie Marktwirtschaft und die Sozialpartnerschaft Begriffe aus dem Märchenbuch sind, daß niemand von denen da oben Rücksicht auf Ratenzahlungen, auf die Familie, den Arbeitsplatz oder sonstwas von uns nimmt. Nur sollen sich die Herren mal nicht verrechnen. Im Geschäft mit den Autos sind sie sicher 1a Klasse. Im Geschäft mit der Angst vergessen sie zu leicht, daß aus großer Angst ein großer Haß werden kann. Sie glauben, es geht immer so weiter: die Arbeiter arbeiten und die Unternehmer unternehmen was. Aber, Kolleginnen und Kollegen, wenn die Arbeiter erst mal was unternehmen, müssen die Unternehmer arbeiten.




## 2. Der Kanackenhaß

Kolleginnen und Kollegen,
als ich Mitte '72 in den Opel kam, wurden Sonderschichten gefahren. Schon damals redeten die Kollegen von Kurzarbeit und Krise. Sie wußten, es geht mit diesen hochgeschraubten Produktionen nicht gut, sie haben ihre Erfahrungen mit dieser Wirtschaft. „Nach den Werksferien ist es aus", sagten sie. Nach den Werksferien: Sonderschichten. „Weihnachten – Kurzarbeit." Nichts Kurzarbeit: Sonderschichten. Im Frühjahr, im Sommer. „Irgendwann muß es doch krachen." Jetzt sind wir soweit. Kurzarbeit und Gerüchte über Massenentlassungen. Und wie reagieren jetzt die Kollegen?

Da besinnt man sich wieder auf die gute alte deutsche Kameradschaft. Da wird wieder konkrete Solidarität geübt. Aber etwa gegen die, deren Krise und Profite wir bezahlen sollen? Dazu müßte man ja nach oben blicken, auf die multinationalen Konzerne. Da bleiben wir lieber in unserer gebückten Haltung und suchen uns einen jemanden, gegen den wir uns solidarisieren können. Da gibt es immer einen Kollegen, den man nicht leiden kann, da gibt es die Säufer und die sogenannten Krankmacher. So mancher aufrechte Landsmann diskutiert mit dem Meister von Kollege zu Kollege das Krisenwetter: „Na, wie sieht's denn so aus – kommen Entlassungen? – Ja, wenn's nur die Richtigen trifft, den XY zum Beispiel." Sonst kommt der Meister gerannt und brüllt, in den letzten Tagen gehen die Arbeiter zu ihm und flüstern.

Und dann gibt es ja noch die Ausländer. Gott sei Dank haben wir ja die gleiche Hautfarbe wie unsere Herren. Da haben jetzt einige ein tolles Krisenprogramm ausgegraben: „Soll der Opel doch die Hawachs, Kanaken, Knoblauchfresser entlassen und mein Arbeitsplatz ist gesichert."

Kollegen, hier wird es jetzt gefährlich. Diese Milchmädchenrechnung ist falsch. Damit wir uns recht verstehen. Das ist hier keine moralische Frage. Es geht jetzt nicht so sehr darum, daß man sagt: „Die armen Ausländer." In ihren Heimatländern werden sie vom Kapital arbeitslos gemacht. Hier werden sie in den niedrigen Lohngruppen und schlechten Arbeitsbedingungen gehalten, werden sie kontrolliert, inspiziert, ausgebrüllt und angetrieben von Deutschen. Außerhalb der Fabrik werden sie in Wohnghettos gepfercht. Und wenn das Kapital genug Extraprofite aus ihnen herausgepreßt hat, sollen sie wie die Hunde zurückgejagt werden.

Nein, Kollegen, was mit den Ausländern geschieht, betrifft uns viel direkter. Wie war es denn '66/67? Viele Kollegen erinnern sich noch allzugut an diese Zeit. Es kommt aber darauf an, daß wir von damals lernen. Soll es bald wieder so aussehen?

Erst wird ein Teil der Ausländer entlassen. Konkret heißt das, daß Kollegen aus der Produktion, von den Einzelmaschinen und Bändern abgezogen werden. Der Rest muß deren Arbeit dann übernehmen.

Der Opel rechnet ganz kalt. 100 Wagen weniger, müssen also 1 000 Arbeiter weg. Rationalisieren.

Obwohl weniger gefahren wird, muß dann der einzelne mehr schaffen. Und dann werden die Deutschen rangenommen. Die, die weniger produktiv sind. Entweder kriegen die gleich die Papiere oder vielmehr die feinere Art: Ältere Arbeiter, Kranke, kurzum – dem Opel unliebsame Kollegen werden ans Band versetzt. Niedrigeren Lohn, mörderische Arbeitsbedingungen, die holen sich dann ihre Papiere freiwillig.

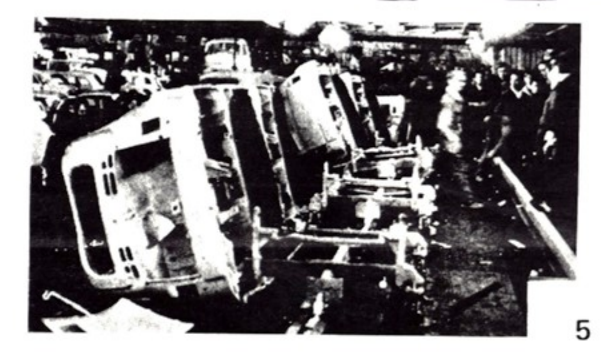
Es ist eine Illusion zu glauben, Kollegen, daß die Bänder nicht ausländisch bleiben. Diese Knochenmühle hält keiner mehrere Jahre aus. Wir, aber auch „General Motors" wissen, daß, wenn nur noch Einheimische an den Bändern stehen, der Opel die jetzigen Arbeitsbedingungen nicht aufrechterhalten kann. Um ihren Profit aber weiterhin zu sichern, werden entweder weiter Ausländer ans Band gekarrt werden oder aber die Bänder zu den Ausländern.

Kollegen, nochmal ganz klar: Wenn die Ausländer gehen, werden wir ihnen schneller folgen als uns lieb ist. Eine gespaltene Arbeiterschaft ist eine schwache Arbeiterschaft. Das auch im Hinblick auf die nächste Tarifrunde. Für uns muß es also nicht nur heißen: Sicherung der Arbeitsplätze für die Deutschen, sondern Sicherung aller Arbeitsplätze.

Sollen die Kapitalisten ihre Krise bezahlen!!!

### MEHR TOTE!

Wenn die Krise einen Reifen-Unternehmer auf die Profite zu schlagen droht, dann wünscht er sich offenherzig wieder die Zeiten der quietschenden Reifen und der hohen Unfallzahlen. In der „Zeit" (Nr. 49, 30. 11. 1973) war zu lesen: „So beobachtete Werner Klein, Vorstandsmitglied des größten deutschen Reifenherstellers Conti Gummi, . . . , daß ‚weniger gefahren wird', daß ‚die Leute nicht mehr so rasen', daß ‚an Ampeln bedächtig gestartet und gebremst wird'. ‚Das alles', so Klein, ‚muß sich zwangsläufig auf den Reifenbedarf auswirken'."



Streik bei Fiat

# SINIF KAVGASI KLASNA BORBA
# KLASSENKAMPF OSRAM

# DIE TROMMEL RUFT DIE BANNER WEHN

## oder: wie die KPD bei Osram streikte

Dies soll kein Bericht sein über die Lage in einem bestimmten Betrieb oder über die Arbeit unserer Betriebsgruppe, sondern wir wollen an einem konkreten Beispiel, das sich bei Osram/Westberlin Mitte November ereignet hat, die verantwortungslose und falsche Politik der sogenannten „KPD" darstellen. Das scheint uns umso notwendiger, als die KPD-AO und ihre „Rote Hilfe e. V." in ihren Zeitungen und Flugblättern mit ihren Osram-Erfolgen hausieren gehen und so ahnungslosen Kollegen und ‚Menschen' (die AO trennt in ihrer Propaganda sorgfältig zwischen Arbeitern und Menschen = Studenten!) vorgaukeln, welch aktive und schlagkräftige Organisationen sie seien. Wir halten es auch für lehrreich, die Auseinandersetzung mit der AO nicht nur in der Theorie, sondern auch mal anhand eines konkreten Vorfalls zu führen.

## Die Lage im Westberliner Osram-Werk

Wir arbeiten in dem neuen Entladungslampenwerk, das Osram mit finanzieller Unterstützung des Berliner Senats vor rund einem Jahr in Spandau fertigstellte. Die Situation für die Kollegen ist seit dem Umzug in dieses neue Werk noch viel schlechter als im alten Werk: Die gesamte Produktion vollzieht sich in einer riesigen Halle, die durch keine Zwischenwände unterteilt ist. Lärm, schlechte Klimaanlagen machen das Arbeiten unerträglich. Die sozialen Einrichtungen sind mehr als dürftig, der Werksgesundheitsdienst ist räumlich und personell völlig unzureichend.

Dazu kommt, daß das Arbeitstempo ständig gesteigert wird. Teils laufen die Maschinen schneller, teils werden Kollegen eingespart (man stellt seit längerer Zeit fast nur noch Facharbeiter ein, obwohl viele Kollegen von diesem „modernsten Lampenwerk Europas" die Schnauze voll haben und abhauen), oder auch beides. Kurz, das Arbeitsklima ist so beschissen, wie es nicht mehr schlimmer vorzustellen ist.

Wir arbeiten im 2-Schicht-Betrieb. Zur Zeit sind wir ca. 1 000 Produktionsarbeiter, darunter weit über die Hälfte Frauen. Der Anteil der Ausländer beträgt über 50 %. Vor allem arbeiten bei uns Türken (ca. 500, also 50 %), ca. 80 Jugoslawen und eine kleinere Anzahl von Griechen, Italienern und Spaniern. Die Struktur ist, wie meistens in der Elektroindustrie, folgende: An den einzelnen Fertigungslinien arbeiten relativ wenige und gutbezahlte Einrichter (zwischen 8,50 und 11 DM die Stunde), die zum größten Teil Facharbeiter sind, vor allem Deutsche und Jugoslawen. Dazu kommt dann die große Masse von Bandarbeitern und Bandarbeiterinnen. Bei den Bandarbeitern, die im Schnitt um 6 DM verdienen, überwiegend die Türken, bei den Bandarbeiterinnen, die zwischen 4.60 und 6 DM verdienen, überwiegen die Türkinnen und ältere deutsche Frauen.

Diese Zusammensetzung der Belegschaft machte es im alten Werk, in dem die einzelnen Abteilungen zudem räumlich voneinander getrennt waren, schwierig, zu gemeinsamen Aktionen oder überhaupt zu einem solidarischen Verhalten der Kollegen untereinander zu kommen. Die Spaltung in gut bezahlte Einrichter und schlecht bezahlte Bandarbeiter, zwischen Deutschen und Ausländern, und zwischen verschiedenen ausländischen Nationalitäten verhinderte das weitgehend.

Diese Situation veränderte sich, sobald der Umzug ins neue Werk stattfand und alle Kollegen gemeinsam den neuen menschenfeindlichen Bedingungen in der neuen Fabrik ausgesetzt waren. Außerdem brachte der Umzug ins neue Werk, der sich fließend und möglichst ohne Unterbrechung der Produktion vollziehen sollte, zusätzliche Arbeitsbelastungen und Umstellungen für die Kollegen mit sich.

Von Anfang an zeigte sich dadurch und durch die verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten (im neuen Werk arbeiten alle zusammen in einer Hall e, im alten Werk waren wir räumlich voneinander isoliert) ein verändertes Verhältnis der Kollegen zueinander, das sich in ersten und bescheidenen Widerstandsformen gegen die schlecht funktionierende Klimaanlage und gegen die Lärmbelästigung ausdrückte. Hinzu kamen die allgemein schlechteren Lebensbedingungen für die Arbeiter durch den viel zu niedrigen Tarifabschluß im Januar 73 und die ansteigenden Lebenshaltungskosten, die in Westberlin noch um rund 1 % höher stiegen als in Westdeutschland. Dieses Zusammentreffen zweier Faktoren – die miesen Arbeitsbedingungen in der neuen Fabrik und der allgemeine Lohnraub – brachte zum ersten Mal seit mehreren Jahren eine Bewegung unter den Osram-Kollegen zustande, die die Spaltung der Kollegen jedenfalls teilweise überwand und zu der gemeinsamen Forderung nach einer Teuerungszulage führte. Diese Forderung wurde auf einer Betriebsversammlung Ende Juni aufgestellt und von allen Kollegen als Verhandlungsauftrag an den Betriebsrat weitergegeben. Durch die Urlaubszeit war es der Geschäftsleitung und auch dem Betriebsrat jedoch ein leichtes, diese Forderung stillschweigend unter den Tisch fallen zu lassen und sie ohne größeren Protest der Kollegen abzulehnen.

Nach dem Urlaub – in dieser Zeit liefen auch in Westdeutschland die wilden Streiks – wurde das jedoch anders, zumal immer mehr Kollegen ins neue Werk umziehen mußten. Wir sollen jetzt nicht alle Einzelheiten darstellen. Wichtig ist, daß es wegen der geforderten Teuerungszulage zu einem kleinen Warnstreik kam, daß eine Unterschriftensammlung durchgeführt wurde (600 Kollegen unterschrieben trotz Behinderungen durch die Meister) und daß für den Fall, daß eine Teuerungszulage von 300 DM nicht bis Anfang Oktober gezahlt wurde, die Kollegen sich auf einen Streik vorbereiteten. In dieser Bewegung waren sowohl türkische wie jugoslawische und deutsche Kollegen aktiv, d. h. die Forderung wurde als gemeinsame aller Kollegen verstanden. In dieser Bewegung zeigte sich aber auch, daß viele der deutschen gutbezahlten Facharbeiter am wenigsten solidarisch waren. Somit ergab sich innerhalb der Belegschaft auch eine Polarisierung, die unter anderem dazu führte, daß der Einfluß dieser Facharbeiter, die in vielen Fällen als Obereinrichter an den Fertigungslinien faktisch Vorarbeiterfunktionen innehatten, auf ihre Kollegen, auch auf schlechter bezahlte deutsche Einrichter, rapide abnahm. Sie hatten sich bei der gemeinsamen Forderung nicht auf die Seite ihrer Kollegen gestellt und waren damit bei den Kollegen ‚unten durch'.

Somit war die Spaltung der Kollegen untereinander zwar nicht völlig abgebaut, aber der unsolidarische Teil der Kollegen war relativ klein und bekannt. Die Mehrzahl der Kollegen, auch der deutschen, war sich einig, diese Forderung nach einer Teuerungszulage durchzusetzen.

Dieser gemeinsamen Bewegung versuchte der Betriebsratsvorsitzende, sicherlich im Einvernehmen mit der Geschäftsleitung, dadurch entgegenzuwirken, daß er die entscheidende Betriebsversammlung Anfang Oktober, auf der die Geschäftsleitung ja oder nein zu unserer Forderung sagen mußte, aufspalten wollte. Er setzte eine getrennte Betriebsversammlung zur selben Zeit für die Türken an, wohl in der Annahme, die Türken würden sich an einem, nach Ablehnung einer Teuerungszulage eventuell ausbrechenden Streik als geschlossenste und kämpferischste Gruppe beteiligen. Daß die Türken nicht allein losschlagen würden, war klar. Sie haben immer wieder betont: „Nur zusammen mit den deutschen Kollegen. Nicht wie bei FORD!".

(Forts. S. 7)



## KPD bei Osram

(Forts. von S. 6)

Sofort nach Bekanntwerden dieser Spaltungsabsichten ging im Betrieb unter allen Kollegen, nicht nur unter den türkischen, die Parole um: „Wir haben gemeinsame Probleme und gemeinsame Forderungen, also brauchen wir auch eine gemeinsame Versammlung." Deutsche, türkische, jugoslawische, griechische Kollegen waren sich so einig wie nie zuvor. Obwohl weiterhin eine kleine Gruppe von älteren deutschen Frauen und deutschen Einrichtern nicht mitzog und sogar unwillig wurde, als auf der erzwungenen gemeinsamen Versammlung längere Redebeiträge in türkisch gehalten wurden und zwischendurch übersetzt werden mußte. Diese Spaltung wäre höchstens nach Ausbruch eines erfolgversprechenden Streiks zu überwinden gewesen, vielleicht auch nicht einmal dann. Jedenfalls stand sie einem Streik nicht mehr im Wege, da sie eine Spaltung zwischen einer hartnäckig ausländerfeindlichen und betriebshörigen Minderheit und der kampfbereiten großen Mehrheit der Belegschaft war.

Außerdem verhielten sich die Türken untereinander zum ersten Mal wie eine solidarische Gruppe. Weil sie den Plan des Betriebsrats durchschauten, fühlten sie sich in ihrem Selbstbewußtsein bestärkt. Sie merkten, daß es bei Osram vor allem auf ihr Verhalten ankommt. Dadurch wurde zum Beispiel auch die Trennung zwischen türkischen Frauen und Männern, die vorher ein gemeinsames Vorgehen und Verständnis der Türken mit verhindert hatte, abgebaut. Der Erfolg war, daß auf der Extra-Türken-Veranstaltung 10 Betriebsräte und Vertreter der Geschäftsleitung und nur 3 türkische Kollegen da waren. Der „Rest" war in der gemeinsamen Betriebsversammlung und beteiligte sich lautstark und selbstbewußt an der Diskussion.

Der nach der Betriebsversammlung mögliche und vorher von den Kollegen abgesprochene Streik kam nicht zustande, weil die Geschäftsleitung auf der Versammlung die Zahlung einer einmaligen Zulage von 200 DM bekannt gab, und die Mehrheit der Kollegen nicht bereit war, für die 100 DM Differenz zu streiken, obwohl sie unzufrieden mit der niedrigen Zulage waren.

Die zunehmende Solidarisierung aller Kollegen, die auch eine Politisierung und ein größeres Selbstbewußtsein der Kollegen zur Folge hatte, bewies sich auch bei den Vertrauensleutewahlen, die in den wichtigsten und größten Abteilungen des neuen Werkes wegen des stufenweisen Umzugs erst im November abgehalten wurden. Ein großer Teil der Kollegen wählte bewußt solche Vertrauensleute, die sich bei den vorhergehenden Aktionen für eine Teuerungszulage hervorgetan hatte. Das war auch als Antwort an den alten und immer noch amtierenden Betriebsrat zu verstehen, der nur kleinlaute Bittbriefe geschrieben hatte, und in dem je ein Alibi-Türke und -Jugoslawe sitzt. Zum ersten Mal wurden ausländische Kollegen zu gewerkschaftlichen Vertrauensleuten gewählt: 7 Türken, 1 Jugoslawe, 1 Grieche.

In dieser Bewegung unter den türkischen Kollegen spielte auch der neue Dolmetscher, Mukadder C., eine vorantreibende Rolle. Er war im August eingestellt worden und erwies sich als der erste Dolmetscher, der sich entschieden für die Interessen der türkischen Kollegen einsetzte und sich nicht als Handlanger der Geschäftsleitung verstand. Er war bei den Türken in kurzer Zeit sehr beliebt, nicht zuletzt, weil er sich auch um Dinge kümmerte, die mit Wohnungen, Arbeitserlaubnis etc. zu tun hatten. Allerdings war Mukadder trotz mehrfacher Warnungen deutscher und türkischer Kollegen, mit denen er engeren Kontakt hatte, extrem unvorsichtig. Ohne sich direkt auf eine Gruppe von Kollegen, die im Betrieb organisiert arbeiten wollten, stützen zu können, lief er überall herum und verkündete selbst seinen Vorgesetzten, daß er nicht gewillt sei, die Sache der Kapitalisten zu vertreten, sondern daß er stets auf der Seite seiner Landsleute und Kollegen stehen würde. Festzuhalten ist jedoch, daß Mukkadder ein sehr mutiger und konsequenter Interessenvertreter der türkischen Kollegen war und daß er für die zunehmend kämpferische Haltung der Kollegen eine Menge getan hat.

## Mukadders Entlassung und die darauf folgenden Ereignisse

Am 15. 11. wurde dem Dolmetscher Mukadder C. „aus den mit Ihnen besprochenen Gründen" (so im Kündigungsschreiben) gekündigt. „Dieser Rausschmiß richtet sich nicht nur gegen die Türken, er richtet sich überhaupt gegen die Aktivitäten von deutschen und ausländischen Kollegen in den letzten Wochen; er soll uns einschüchtern" (Klassenkampf Osram vom 20. 11.).

Mukadder war vorher mehrfach von der Betriebsleitung und bezeichnenderweise auch vom Betriebsrat wegen seiner Aktivität für die Kollegen angegriffen und vermahnt worden. Er machte aber den Fehler, sich nicht auf die Situation bei Osram einzustellen und gerade auch im Interesse der türkischen Kollegen und im Interesse einer möglichen kontinuierlichen Arbeit im Betrieb weniger demonstrativ aufzutreten. Er schätzte seine Lage offensichtlich falsch ein und legte es auf einen Konflikt mit der Geschäftsleitung an, in der festen Überzeugung, die Solidarität der türkischen Kollegen würde eine Kündigung verhindern. Doch seine Beliebtheit bei den Kollegen machte ihn für die Betriebsleitung immer mehr zu einem gefährlichen Mann. Gleichzeitig mit seiner Kündigung erhielt er Hausverbot. Er verabschiedete sich bei den ihn aus dem Werk führenden Personalchefs mit den Worten: „Die Antwort auf meine Kündigung erhalten Sie von den Arbeitern." Der Betriebsrat hatte die Kündigung sofort unterschrieben, ohne vorher mit Mukadder zu sprechen.

Nach seiner Kündigung machte Mukadder seinen zweiten Fehler. Er hielt sich eben nicht an die deutschen und türkischen Kollegen, mit denen er im Betrieb zusammengearbeitet hatte und für die er sich auch eingesetzt hatte, sondern „übergab" den Fall dem AO-Ableger „Rote Hilfe e. V.", mit der er über das Ford-Solidaritätskomitee schon vorher Kontakt hatte. Diese hatte von den Bedingungen bei Osram keinen blassen Schimmer und wollte Mukadder als „Berliner Baha Targyn" herausbringen. Als Mukadder auch zu einigen Osram-Kollegen Kontakt aufnahm, waren gleichzeitig mehrere Rote-Hilfe e. V.-Funktionäre da, die den Kollegen im Betrieb vorschreiben wollten, was sie zu tun hätten.

Wir wollen hier klarstellen, daß wir nicht glauben, man dürfe einzig und allein auf die Aktivitäten bauen, die unmittelbar aus dem Betrieb heraus möglich sind. Klar, daß wir in der gegenwärtigen Phase der Entwicklung der Klassenkämpfe auf Unterstützung „von außen" angewiesen sind. Wir halten es nicht grundsätzlich für falsch, wenn etwa Studenten vor Betrieben agitieren. Auch die Verteiler des „Klassenkampf Osram" sind zum Teil Studenten. Nur muß man sich ganz klar sein über die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen von außen eingegriffen werden kann. Was von außen kommt, muß eine ganz konkrete Unterstützung dessen sein, was in der Fabrik an realer Bewegung da ist, und was auch in der Fabrik von den Kollegen weiter getrieben werden kann. Forderungen, die von draußen hineingetragen werden, oder Vorgehensweisen – „Anleitungen" –, die draußen konzipiert sind, blockieren oder zerschlagen den Kampf, den die Kollegen im Werk führen, auf jeden Fall, wenn sie ohne exakte Einbeziehung der Situation im Werk, das heißt ohne Mitarbeit der aktiven Kollegen entwickelt werden.

Noch am Tag seiner Kündigung fing Mukadder an, die Kollegen, die zur Arbeit kamen oder nach Hause gingen, vor dem Tor über seine Kündigung und über die Hintergründe zu informieren. Das war eine richtige Aktion, denn für die Kollegen war er ja noch „drin" – Kündigung und Hausverbot des beliebten Dolmetschers kam für sie wie der Blitz aus heiterem Himmel. Besonders die türkischen Kollegen im Werk waren über die Kündigung empört, diskutierten über diese Sauerei und fingen an, für die Wiedereinstellung von Mukadder Unterschriften zu sammeln. Das Ziel der Kollegen, auch der aktiveren deutschen Kollegen, war es, mit dieser Unterschriftensammlung der Geschäftsleitung ein Ultimatum zu stellen. Auf einer Versammlung, die zum Zeitpunkt des Ultimatums stattfinden sollte, sollte die Geschäftsleitung Farbe bekennen. Somit wäre nach Meinung der Kollegen eine Basis vorhanden gewesen, gegen die Kündigung gegebenfalls mit einer Arbeitsniederlegung zu protestieren. Vor einer offiziellen Stellungnahme wollten die türkischen Kollegen keine Aktion starten. Ein türkischer Kollege hat das treffend so formuliert: „Wenn Firma Nein und Betriebsrat Nein, dann sagen die Arbeiter auch **Nein!**"

Eine solche Versammlung wäre der richtige Zeitpunkt für Mukadder gewesen, sich über das Hausverbot hinwegzusetzen, ins Werk zu kommen – was jederzeit unbemerkt möglich ist – und zu den versammelten Kollegen zu sprechen. Auf diesen Plan gingen weder Mukadder noch die „Rote Hilfe e. V." ein. Sie hatten ihr eigenes Konzept fernab von der realen Situation bei Osram entwickelt. Dieses Konzept lief darauf hinaus, daß Mukadder an einem der folgenden Tage zusammen mit einer großen Zahl von Kollegen ins Werk gehen und dort eine Versammlung und einen Streik organisieren sollte.

Inzwischen war unter den türkischen Kollegen große Verwirrung aufgetreten, die ihre Unterschriftensammlung erstmals zum Stocken brachte und überhaupt zu einer Lähmung der Aktivitäten führte. Denn Mukadder tauchte vor dem Werktor bei jedem Schichtwechsel, bei Schichtbeginn und -schluß auf, mit einer Reihe von „Rote Hilfe e. V."-Funktionären, die die Kollegen permanent zu Aktionen und zum Streik aufforderten, ohne daß die Kollegen überhaupt wußten, wer diese „Freunde" Mukadders überhaupt waren. Sie waren zwar nach wie vor auf Mukadders Seite, wollten aber mit seinen „Freunden" nichts zu tun haben, weil sie nicht wußten, was die überhaupt bei Osram zu suchenhatten und was sie vorhatten. In dieser Verwirrung ging auch die Unterschriftenliste „unter": keiner der türkischen Kollegen, die Unterschriften gesammelt hatten, wußte mehr zu sagen, wo sie steckte. Anstatt wie geplant von einer Delegation türkischer Kollegen als Ultimatum beim Betriebsrat und bei der Geschäftsleitung abgegeben werden zu können, hatten Mukadder und die „Rote Hilfe e. V." sie an sich gerissen und auf Flugblättern aufgefordert, weitere Unterschriften an sie zu schicken.

Die Verwirrung und Lähmung der Aktivität bei den türkischen Kollegen zeigte sich auch bei den Versammlungen, die die „Rote Hilfe e. V." durchführte. Waren auf der ersten Veranstaltung noch ca. 10 Osram-Kollegen anwesend, bröckelte diese Zahl mit jeder wieteren Sitzung weiter ab. Das hielt aber die „Rote Hilfe e. V." nicht ab, großsprecherisch ein „Osram-Solidaritätskomitee" zu gründen, in dem nach kurzer Zeit die „Rote Hilfe e. V."-Funktionäre unter sich waren.

In der ersten Versammlung, wo dieses Komitee auch gegründet werden sollte und wo noch einige Osram-Kollegen anwesend waren, wurde auf die Vorschläge der Kollegen überhaupt nicht eingegangen, sondern die „Rote Hilfe e. V." setzte gegen die Bedenken der Kollegen ihre Vorstellung vom Kampf bei Osram durch und machte völlig

(weiter auf S. 10)



# CHILE Hoechst denkt weiter

QUIMICA HOECHST CHILE LTDA.
Distribuidores de

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius u. Brüning Frankfurt(M)-Hoechst, Alemania

Gerencia

Hq. Pol. Büro 2. OKT. 1973

Santiago de Chile, den 17.September 19

Farbwerke Hoechst AG.
Postfach 80 0320
6230 Frankfurt/Main 80

Wirtschaftspol.Abteilung
Handelspol.Büro

Betr.: Regierungswechsel in Chile

Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden.

Farbwerke Hoechst AG.
Postfach 80 0320 Wirtschaftspol. Abteilung
6230 Frankfurt/Main 80 Handelspol. Büro

Betr. Regierungswechsel in Chile

Der so lang erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden.

Am 11. 9. morgens um 8 Uhr kreisten größere Einheiten der Polizei und des Heers das Regierungspalais in Santiago, in dem sich der Staatspräsident befand, ein. Gleichzeitig wurden alle Funk- und Fernsehstationen vom Militär kontrolliert und eine Militär-Junta, die sich aus Chefs der drei Waffengattungen des Heers und einem Polizeigeneral zusammensetzte, gab bekannt, daß sie eine neue Regierung gebildet habe. Weiterhin wurde mitgeteilt, daß die Militärs alle wichtigen Punkte des Landes von Norden bis Süden besetzt und am frühen Morgen bereits Stadt und Hafen von Valparaiso in der Hand hätten.

Um 11 Uhr erfolgte ein Ultimatum an den Präsidenten Allende, sich zu ergeben, da andernfalls das Regierungsgebäude durch die Luftwaffe bombardiert würde. Um 12 Uhr erfolgte ein Luftangriff mit Bomben und Raketen, der das Regierungsgebäude zum großen Teil zerstörte. Als der Präsident sich schließlich zur Übergabe bereit erklärte, fand ihn eine Militärpatrouille, der er sich ergeben sollte, bereits tot vor. Laut Angabe der Militärregierung hat sich Allende selbst das Leben genommen; es herrscht jedoch die Meinung vor, daß er entweder von den Militärs oder von seiner eigenen Leibwache umgebracht worden ist. Gleichzeitig wurde die Privatresidenz des Präsidenten im Osten Santiagos, die Festung „Tomas Moro" von




der Luftwaffe mit Bomben und Raketen belegt und nach kurzem Kampf von Militär und Polizei besetzt. Sowohl das Regierungsgebäude wie die Privatresidenz wurden jeweils von ca. 150–200 Mann der schwerbewaffneten Leibwache des Präsidenten verteidigt. An beiden Stellen wurden nach der Besetzung Depots der modernsten russischen und tschechoslowakischen Waffen gefunden, genug um mehrere Regimenter auszurüsten. Es wird geschätzt, daß die Regierung 30–40 Tsd gut bewaffnete Anhänger mobilisieren konnte.

Inzwischen entwickelte sich im Zentrum Santiagos zwischen den Truppen und den in den umliegenden Ministerien verschanzten Regierungsanhängern eine regelrechte Schlacht, die sich zwei Tage hinzog und viele Opfer forderte. Das unserem Büro gegenüber liegende Gebäude der kommunistischen Partei wurde von Tanks angegriffen und ausgeräuchert.

Zur gleichen Zeit wurden alle größeren verstaatlichten Industrien, deren Arbeiter, soweit sie zur Partei der Regierung gehörten, stark bewaffnet waren, vom Militär umzingelt und z. T. nach schweren Kämpfen geräumt und besetzt. Die Textilfabrik SUMAR mußte mit Hubschraubern attackiert werden. Diese Aktionen dauerten bis zum 15., ebenso die Durchsuchung nach Waffen bei den Arbeitersiedlungen, die die Stadt Santiago in einem großen Zirkel umgeben, wobei es teilweise zu Kämpfen mit Einsatz von Flugzeugen kam. Diese Säuberungsaktion ist immer noch im Gang.

Inzwischen wurde bekannt, daß ein großer Teil der zweihundert führenden Persönlichkeiten der Volksregierung das Leben verloren oder gefangengesetzt waren. Am 13. abends stand bereits einwandfrei fest, dkaß abends stand bereits einwandfrei fest, daß der Staatsstreich mit relativ geringen Verlusten an Material und Menschenleben – wir schätzen 2–3 000 Tote – gelungen war. Weitaus die schwersten Kämpfe fanden in und um Santiago statt, wo sich etwa 80 % der Industrie-Arbeiterschaft des Landes befindet, während der Rest des Territoriums mit wenig Blutvergießen innerhalb weniger Stunden in die Hände des Militärs fiel.

Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen des Militärs und der Polizei nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde.

Der Moment, in dem der Staatsstreich stattfand konnte gleichfalls nicht besser gewählt sein. Das wirtschaftliche Chaos hatte einen absoluten Höhepunkt erreicht. Durch den Transportunternehmerstreik, dem sich eine große Zahl anderer Berufsgremien angeschlossen hatte, war das Land praktisch lahmgelegt und es herrschte akute Brotknappheit und Hungersnot, die zu Plünderungen führte. Außerdem lagen den Militärs Informationen vor, daß die Volksregierung im Laufe der nächsten Tage selbst einen definitiven Schlag gegen die Regierungsgegner, inkl. die hohen Militärs, ähnlich wie in Djakarta, geplant hatte, dem unbedingt zuvorzukommen war. Es wurde eine Liste von allen prominenten Persönlichkeiten des Landes gefunden, die in einer neuen „Bartholomäusnacht" umgebracht werden sollten. Ein solcher „Autostaatsstreich" hätte zu einem Bürgerkrieg größten Ausmaßes geführt, dessen Verluste unvergleichlich größer als die des eben stattgefundenen Militärputsches gewesen wären.

Das Verhalten der „Volksregierung" in den letzten Monaten erscheint unverständlich. Trotz einer täglich wachsenden, mächtigen Opposition und der immer augenscheinlicher werdenden Gegnerschaft des Heeres war die Regierung nicht zu einem einzigen Kompromiss, der ihr wieder eine Atempause gegeben hätte, bereit und manövrierte sich damit selbst in eine unhaltbare Lage. Es gibt hierfür keine andere Erklärung, als daß Allende alles auf eine Karte, nämlich die blutige Auseinandersetzung gesetzt hatte und dabei die Organisationsfähigkeit, Disziplin und Schlagkraft des Heers und der Polizei völlig unterschätzt hat. Es besteht jedenfalls kein Zweifel, daß es für das von der Regierung Allende angerichtete Chaos keine politische Lösung mehr gab und nur noch eine Entscheidung durch Waffengewalt möglich war.

Soviel sich aus den ersten Aktionen und Mitteilungen der Militär-Junta entnehmen läßt – wir schließen dies auch aus anderen uns bekannten Quellen – wird diese eine Politik verfolgen, die zwischen dem brasilianischen und dem peruanischen Modell liegt, wobei die Sympathien weit mehr nach Brasilien tendieren, während das Erbe der Volksregierung nolens volens zu einer gewissen Ausrichtung nach dem peruanischen Vorbild zwingen wird.

Was die Außenpolitik der Militärregierung anbelangt, so ist der sofortige Abbruch der Beziehungen zu Cuba hervorzuheben. Anlaß hierzu ist, daß der Urheber der vor kurzem erfolgten Ermordnung des Marineadjutanten des Präsidenten Allende, ein Mitglied der kubanischen Botschaft, nämlich der erste Botschaftssekretär, zugleich Schwiegersohn Allendes, war.

Wenn die „Volksregierung" auch in den drei Jahren ihrer Existenz das Land in jeder Hinsicht – moralisch, wirtschaftlich und sozial – in Grund und Boden gewirtschaftet hat, so sind wir, was die Regenerierungsfähigkeit des chilenischen Volkes und damit auch der Wirtschaft des Landes anbelangt, durchaus optimistisch. Wir sind überzeugt davon, daß sich Chile unter einer energischen, autoritären und intelligenten, nicht von Politikern, die nur ihren Parteiinteressen dienen, beeinflußten Führung sehr bald erholen wird. Die Substanz des Volkes ist eine der besten Lateinamerikas; das hat auch der wirklich heroische Widerstand der Zivilbevölkerung und ganz besonders der chilenischen Frau gegen das marxistische Regime bewiesen. Chile gehört heute zu den wenigen Ländern der Erde, die gegen den marxistischen Virus geimpft sind, die daher für längere Zeit eine politische Stabilität erwarten lassen. Neun Jahre sozialistischer Regierung – wir rechnen die sechs Jahre der Präsidentschaft Frei mit hinzu – haben das Land andererseits in sozialer Hinsicht stärker weiterentwickelt als der größte Teil der Länder der westlichen Welt und die letzten Überreste einer feudalen Epoche zum Verschwinden gebracht. In wirtschaftlicher Hinsicht ist diese Entwicklung von besonderem Gewicht, da die Konsumkraft des Arbeiters auf dem Land und in der Stadt stark gewachsen und zu einem wichtigen Faktor der Wirtschaft geworden ist. Chile wird in Zukunft ein für Hoechster Produkte zunehmend interessanter Markt sein.

Wichtig erscheint uns auch die günstige Entwicklung des Kupferpreises, des weitaus wichtigsten Exportartikels des Landes. Unter normalen Umständen würde Chile heute über ein Exportvolumen von über US-Dollar 2 Mrd. gegenüber einem Importbedarf von nur US-Dollar 1,2–1,4 Mrd. verfügen. Wenn es der Militärregierung gelingt, die Kupferproduktion wieder anzukurbeln, dürfte sich die Devisenlage des Landes sehr bald günstig gestalten.

Die nächsten Wochen werden der Militärregierung schwere Probleme bringen. Wir schätzen, daß noch ca. 25 % der erwachsenen Bevölkerung, dies sind immerhin eine Million Personen, von denen die Hälfte in Santiago lebt, mit dem Regierungswechsel in keiner Weise einverstanden sind und bei denen sich immer noch ein stattliches Arsenal von Waffen befinden dürfte. Es ist daher



noch für längere Zeit mit Sabotageakten aller Art zu rechnen und eine tatsächliche Beruhigung der Situation wird noch lange nicht eintreten. Drei Jahre Hetzpropaganda und Gehirnwäsche nach den modernsten psychologischen Methoden können nicht in wenigen Tagen oder Wochen wieder ausgelöscht werden.

Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente. Das Regime hat sich wie kein anderes durch Korruption, Sektierertum, Unfähigkeit und Präpotenz ausgezeichnet. In diesen drei Jahren ist wirklich nichts Positives geschaffen worden, aber dafür wurden dem Volk Versprechungen gemacht, die unerfüllbare Ambitionen und Wünsche hervorriefen und zwischen den Chilenen wurde Haß und Zwietracht in nie gekanntem Ausmaß gestiftet. Das günstige Bild, das Allende im Ausland genossen hat, ist der geschickten Propaganda seiner „Volksregierung" zu verdanken sowie der weltweiten Tendenz, den marxistisch orientierten Regierungen alles das nachzusehen, was sie an Regierungen anderer politischer Richtung aufs äußerste kritisieren und bekämpfen.

Wir möchten noch einige besonders eindrucksvolle Aspekte über die Tätigkeit der „Volksregierung" übermitteln:

1.
Legalität
In der Polizeizentrale wurden 8.000 Ausführungsbefehle der Justiz vorgefunden, die in den letzten drei Jahren niedergeschlagen worden waren.

Die letzten vom Parlament autorisierten Gesetze von allergrößter Bedeutung, wie Verfassungsreform und Neuordnung der Wirtschaft, wurden von der Exekutive einfach nicht in Kraft gesetzt. Die „Volksregierung" setzte sich damit vor dem ganzen Land in die Illegalität.

2.
Landreform
Die Kosten der Landreform in drei Jahren betrugen ca. US-Dollar 500 Mio. Dieser Betrag wäre ausreichend gewesen um die gesamten vorliegenden Bewässerungsprojekte zu realisieren, die zu einer Verdoppelung der 1970 bestehenden landwirtschaftlichen Produktion geführt hätten. Stattdessen ist diese auf ca. die Hälfte zurückgegangen, wobei speziell die Weizenernte zu erwähnen ist, die den Stand von vor hundert Jahren erreicht hat! Die von Allende versprochene Milchverteilung an das Volk („Spiegel" sagte bei Regierungsantritt Allendes „Ganz Chile wird in Milch baden") wurde etwa vor einem Jahr ganz eingestellt.




3.
Sozialer Wohnungsbau
Chile benötigt ein jährliches Minimum von ca. 100.000 Wohnungen. Die „Volksregierung" hat 1971 noch diese Ziffer erreicht, wobei allerdings anstatt Wohnungen nur mehr primitive Bretterbuden hingestellt wurden. Für 1973 wurde nur noch der Bau von 15.000 Bretterbuden projektiert.

4.
Kupferproduktion
In diesem für das Land wichtigsten Produktionszweig wurden in den Jahren 1967/70 ca. US-Dollar 500 Mio neu investiert um die Produktion von bisher 720. 000 t auf 1–1,2 Mio t jährlich zu erhöhen. Statt einer Erhöhung ging jedoch die Produktion auf ca. 650.000 jato für 1972/73 zurück.

5.
Inflation
Die offizielle Inflationsrate betrug für die Zeit der Allende-Regierung 593 %, tatsächlich hat sie(?) betragen. Es gibt soundsoviele Artikel, von der Kartoffel bis zur Auslandsreise, die im gleichen Zeitraum eine Preiserhöhung von 10.000 % zu verzeichnen hatten. Fast alle Artikel, deren Preise festgesetzt waren, konnten nur noch über den Schwarzmarkt zum zehn-, zwanzig-, fünfzigfachen Wert erworben werden.

6.
Korruption
Die Korruption hatte ungeahnte Ausmaße erreicht. Anläßlich der letzten Preiserhöhung der Kosmetikprodukte verlangte ein hoher Beamter der Preiskontrollstelle einen größeren Geldbetrag von den begünstigten Firmen: ein Drittel für den Minister, ein Drittel für den Unterstaatssekretär, ein Drittel für ihn selbst.

In den letzten Wochen wurde bekannt, daß die Halbjahresbilanz der Zentralbank offensichtlich gefälscht war, außerdem wurden in mehreren Flugzeugen Koffer, die diverse Millionen Dollar in Scheinen enthielten, entdeckt, deren Absender die Zentralbank, der Empfänger jedoch nicht ersichtlich war.

7.
Paramilitärische Rüstung
Die aufgedeckten Waffen- und Munitionsdepots entsprechen der Feuerkraft mehrerer Divisionen. Angrenzend an die Residenz des Präsidenten in den Bergen bei Santiago wurde ein Plattform für Raketen entdeckt, die allerdings noch nicht installiert waren.

In den drei Jahren marxistischen Regimes haben die hiesigen Hoechster Unternehmen viele schwierige Probleme und Epochen überwinden müssen; ohne Ihre Unterstützung und Ihr Verständnis für unsere Situation wäre dies nicht möglich gewesen. Wir möchten Ihnen bei dieser Gelegenheit hierfür allerherzlichst danken und der Überzeugung Ausdruck geben, daß es der Mühe wert war, daß Sie und wir die Sorgen und Probleme dieser Jahre auf uns genommen und sie durchgestanden haben.

Mit freundlichen Grüßen
p. p. QUIMICA HOECHST CHILE LTDA.

In Berlin gibt das Komitee *„Solidarität mit Chile"* zusammen mit sieben Betriebsgruppen eine *„Chile-Zeitung"* heraus, die vor Betrieben verteilt wird. Bisher sind drei Nummern der Zeitung gemacht worden. Die Zeitung ist einer der wenigen konsequenten Versuche, Informationen über den Kampf des chilenischen Volkes kontinuierlich in die Betriebe hineinzutragen und die Diskussion über Chile nicht abbrechen zu lassen. Die Zeitung ist deswegen so wichtig, weil es den Genossen, die diese Zeitung machen, nicht darum geht, Zensuren über die Unidad Popular und die linken politischen Gruppen Chiles zu verteilen und penetrant die Richtigkeit der eigenen politischen Linie herauszustreichen, sondern weil das Schwergewicht der Zeitung auf konkreten Informationen über den revolutionären Prozeß, der seit 1970 im Gange ist, liegt.
Genossen und Gruppen, die die Zeitung vor Betrieben verteilen oder sie zur Information haben wollen, können sie unter folgender Adresse bestellen:

Chile-Zeitung
c/o ESG/Technische Universität
1 Berlin 12, Carmer Str. 11

WOOLWORTH
IBM
BANK OF AMERICA
ITT
FIRST NATIONAL CITY BANK
THE CHASE MANHATTAN BANK, N.A.
PEPSI

**„DIE KLASSE, DIE IN CHILE JETZT MORDET UND MORDEN LÄSST, SITZT IN DER AUGENBLICKLICHEN TARIFRUNDE BEI UNS DEN ARBEITERN IN SCHLIPS UND WEISSEM KRAGEN GEGENÜBER."**

**GÜNTER BECKER**
**IG-METALL-VERTRAUENSMANN**

Ich bin der Meinung, daß eine Bundesregierung, ganz gleich, wie sie zusammengesetzt ist, aber auch eine politische Partei, bei der Gestaltung der Gesellschaftspolitik auf den Rat einer so wichtigen Gruppe wie der des Unternehmertums nicht verzichten kann.

Arbeitgeberpräsident Schleyer

Ich bemühe mich, so zu sein und so zu erscheinen, wie ich bin.

NACHFÜLLEN!

OSRAM (Forts. von S. 9)

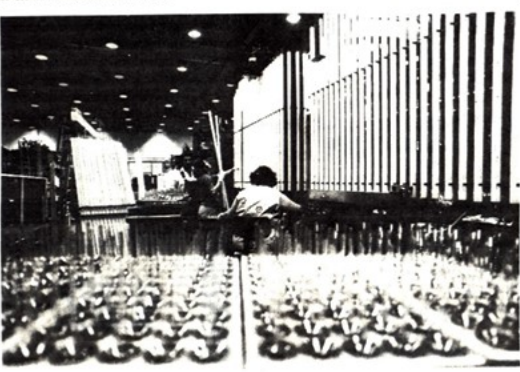
unrealistische Vorschläge, die sich vor allem am Streik bei Ford/Köln orientierten. Jeder Versuch, die Lage bei Osram realistisch einzuschätzen, wurde von ihnen zurückgewiesen. Den Bedenken der Kollegen hielten die Funktionäre immer wieder ihre eigenen Kampferfahrungen entgegen, ohne daß sie sagen konnten, wo sie diese Erfahrungen gesammelt hätten. Ihre Vorschläge liefen auf einen Streik hinaus, der vor dem Tor schon organisiert werden müßte, so daß man gar nicht erst anfängt, zu arbeiten. Dieser Vorschlag, der sich abstrakt ja großartig anhörte, bloß mit den Möglichkeiten bei Osram nichts zu tun hatte, wurde aufrechterhalten in einer Situation, wo bereits klar war, daß in dem „Solidaritätskomitee" keine Kollegen mitarbeiteten und im Betrieb die Stimmung schwankte zwischen Verwirrung und Passivität (bei den Türken) und offener Ablehnung gegen die Streikvorschläge, die den Kollegen pausenlos unterbreitet wurden (Ablehnung vor allem bei deutschen Kollegen). Ungeachtet dieser Lage bliesen die AO-Anhänger am Dienstag, 20. 11. 1973, zum Sturm – trotz mehrfacher Warnungen von Kollegen, die die Lage bei Osram kannten.

Dieser ‚Sturm' war so geplant, daß Mukadder mit den türkischen Kollegen, die er vor dem Tor und vor Schichtbeginn morgens um sich scharen sollte, ins Werk hineingehen und dort eine Versammlung mit den Kollegen herbeiführen sollte, die entweder zu seiner Wiedereinstellung oder zum Streik führen sollte. In der Realität sah es aber am Dienstagmorgen so aus: Dem Dolmetscher gelang es nicht, mehr als fünf Kollegen um




sich zu scharen. Die anderen gingen ins Werk, ohne mit Mukadder und seiner Aktion etwas zu tun haben zu wollen. Das hielt Mukadder und seine Freunde von der AO aber nicht ab, ihren einmal gefaßten Plan doch noch in die Tat umzusetzen. Mukadder ging also mit einer Handvoll von Kollegen und mit Megaphon ins Werk und da in den Pausenraum, wo vor Schichtbeginn viele türkische Kollegen ihren Kaffee oder Tee trinken. An diesem Morgen waren aber auffällig wenig Türken im Pausenraum, ca. 25. Vor diesen Kollegen stellte sich Mukadder auf den Tisch, holte das Megaphon heraus und begann auf türkisch und deutsch Reden, Parolen und Lieder anzustimmen. Er agitierte in derselben Weise, wie man es bei Ford/Köln von den dortigen Streikführern kannte, bloß mit dem Unterschied, daß die einige Tausend Kollegen vor sich hatten, während es hier nur 25 waren, von denen einige bei Arbeitsbeginn noch weggingen, also keine Anstalten machten, zu streiken. Eine Ausweitung der Aktion war gar nicht möglich, weil der Pausenraum weitab von der Produktionshalle liegt, die meisten Kollegen also gar nicht mitkriegten, was sich da im Pausenraum abspielte.

Der Schichtleiter holte sofort die Polizei, Vorarbeiter, Meister und Betriebsräte notierten sich die Namen der Kollegen, die bei Mukadder im Pausenraum waren. Die Polizei kam zuerst zu zweit, holte dann Verstärkung und schließlich schlugen 12 Bereitschaftspolizisten in schweren Helmen und mit Knüppeln die kleine Versammlung auseinander.. Dabei gab es eine kurze Rangelei um das Megaphon und um den Dolmetscher zwischen einigen Türken und den Polizisten. Vier Türken wurden zusammen mit dem Dolmetscher von der Polizei aus dem Werk geschleppt und vorläufig festgenommen. Der Mut der türkischen Kollegen, die Mukadder vor der Polizei schützen wollten, fand kein solidarisches Handeln bei den wenigen Kollegen, die das Ganze beobachtete. Diese Kollegen waren auf diese Aktion Mukadders überhaupt nicht vorbereitet gewesen, hielten das Ganze in dieser Form sowieso für sinnlos und sahen auch keine Möglichkeit, die Aktion auf sinnvolle Weise zu unterstützen. Das auf dem Werksgelände postierte Polizeiaufgebot aus sechs Mannschafts- bzw. Streifenwagen wurde erst abgezogen, als sich der Werkleiter persönlich vergewissert hatte, daß überall im Werk gearbeitet wurde und keine offene Unruhe mehr zu erkennen war.



Das Ergebnis der Aktion waren zunächst vier festgenommene türkische Kollegen, denen sofort fristlos gekündigt wurde. Auch diese Kündigungen unterschrieb der Betriebsrat sofort ohne Anhörung der Betroffenen oder ihrer Kollegen. Während des ganzes Tages, bis in die nächste Schicht hinein, gingen Polizisten in Zivil und Mitglieder der Betriebsleitung durch die Fabrik, beobachteten die Kollegen und holten noch einen Türken raus, der angeblich bei der Rangelei mit der Polizei dabeigewesen sein sollte. Auch der wurde sofort fristlos gekündigt und aus dem Werk geführt.

Angesichts der permanenten Überwachung und des Polizeieinsatzes verbreitete sich bei den türkischen Kollegen Angst und Resignation. Bei einigen, auch bei deutschen Kollegen, herrschte zwar Empörung über den Polizeieinsatz, weil sie aber auch die Aktion des Dolmetschers für völlig idiotisch hielten, wuchs aus der Wut gegen die Polizei keine Solidarität oder ein gemeinsamer Protest gegen die Anwesenheit der Polizei. Die festgenommenen Kollegen wurden nach einigen Stunden einschließlich des Dolmetschers mit Hilfe eines Anwalts der „Rote Hilfe e. V." wieder freigelassen.

Mit diesem Alleingang Mukadders und der AO-Leute, die vor dem Tor dazu aufgerufen hatten, war für die Kollegen im Betrieb die letzte Chance, von innen wirkungsvoll gegen die Entlassung Mukadders etwas zu machen, zerstört worden. Überhaupt war es in der nächsten Zeit sehr schwierig, mit mehreren Kollegen über ein einheitliches Vorgehen zu diskutieren. Pausenlos patroullierten Abteilungsleiter und Leute von der Betriebsleitung durch die Fabrik, die Meister hielten sich ständig in der Nähe der Kollegen auf. Diese Einschüchterungsmaßnahmen hatten Erfolg.

Keiner wollte in dieser Situation weitere Entlassungen riskieren, die sowieso niemanden etwas genützt hätten. Außerdem sah keiner einen Sinn in Solidaritätsbekundungen für einen Dolmetscher, der sich einen Dreck um die Ratschläge der Kollegen kümmerte und nur noch auf die Funktionäre der „Roten Hilfe e. V." hörte. Das war auch der eigentliche Grund, warum es nicht möglich war, vom Betrieb aus und mit Hilfe der aktiven Kollegen eine Aktion vorzubereiten, die mehr erreicht hätte als das Vorgehen der „Roten Hilfe e. V.". Denn man hätte das auch **gegen** die Vorschläge des Dolmetschers machen müssen, mit dem sich die Kollegen ja gerade solidarisieren sollten. So entstand gerade für die aktiven Kollegen bei Osram eine völlig vermasselte Situation, die eigene Aktivitäten verhinderte. Nach dieser eindeutigen Niederlage für das Vorgehen der „Roten Hilfe e. V." (die nicht darin bestand, daß Mukadder und einige Kollegen festgenommen wurden, sondern darin, daß sein Vorpreschen von den Kollegen weder verstanden noch unterstützt wurde), lief die Propaganda der AO erst richtig los.

In der Universität wurde zur Solidarität mit den kämpfenden Osram-Arbeitern aufgerufen. Zur Mittagsschicht versammelten sich ca. 150 KSV-Studenten vor dem Tor mit Transparenten und Mukadder an der Spitze. Sie riefen zu einer Protestdemonstration auf für Mukadder und gegen den Polizeieinsatz. An dieser Demonstration beteiligte sich kein einziger Kollege, zumal alles direkt vor dem Werkstor, d. h. vor den Augen der Geschäftsleitung stattfand. Die Taktik der AO war dabei, daß sie ihren Studenten vorgaukelte, draußen vor dem Tor hätten sich andere Kollegen zu ihrer Unterstützung eingefunden. Mit den KSV-Studenten ging der Demonstrationszug zu den benachbarten Siemens-Werken, wo ohne Erfolg, d. h. ohne Beteiligung von Siemens-Kollegen, versucht wurde, anhand der Osram-Vorfälle zu agitieren. In dem „Rote Hilfe e. V."-Flugblatt vom 22. 11. 1973 liest sich das dann so: „Nachmittags versammelten sich über 200 Menschen (!) mit Mukadder an der Spitze vor dem Betrieb zu einer Protestkundgebung. Anschließend bildeten sie einen Demonstrationszug bis zu den Siemens-Werken, wo sie die Siemens-Kollegen von den Vorfällen unterrichteten."

Das war aber noch nicht alles. An den folgenden Tagen wurde vor verschiedenen Werken, auch vor den drei anderen Berliner Osram-Werken, und vor Berufsschulen ein Flugblatt verteilt, in dem es zu den Aktivitäten der Osram-Kollegen nach Mukadders Kündigung hieß: „Sie sammelten 600 Unterschriften, legten am Freitag für eine Stunde die Arbeit nieder, führten am Montag eine Pausenversammlung durch. Am Dienstagmorgen holten die Kollegen Mukadder in den Betrieb hinein und zeigten auf einer Versammlung in der Kantine ihre Entschlossenheit, für die sofortige Wiedereinstellung zu kämpfen. Daraufhin ließ die Geschäftsleitung die Kantine durch 20 Bereitschaftspolizisten stürmen. Die Polizisten griffen brutal an, schlugen mit Knüppeln auf die Arbeiter ein und verhafteten Mukadder und vier andere Kollegen . . . Mukadder wurde die Ausweisung angedroht, alle verhafteten Kollegen und noch 23 andere wurden fristlos entlassen." (Flugblatt vom 22. 11. 1973)

Von diesen Angaben ist alles bis auf die Schilderung der Polizeiaktion gelogen. Weder wurden 600 Unterschriften gesammelt (es waren knapp über 200), weder legten die Kollegen am Freitag für eine Stunde die Arbeit nieder (in einer Abteilung wurde bei Schichtbeginn über die Kündigung Mukadders diskutiert; das dauerte – bis zum Erscheinen des Meisters – eine halbe Stunde), weder wurde eine Pausenversammlung durchgeführt (in der Pause wurde wie immer unter den Kollegen diskutiert), und was es mit der Versammlung in der Kantine auf sich hatte, haben wir schon berichtet. Diese Versammlung von ca. 25 Kollegen, die zum Teil nur zufällig da waren, weil sie Kaffee trinken wollten, wurde in der Roten Fahne sogar noch zu einer Betriebsversammlung hochgejubelt (Überschrift in der Roten Fahne vom 28. 11. 1973 zu den Osram-Vorfällen: „SPD-Polizei zerschlägt Betriebsversammlung!"). Auch die im Flugblatt angegebene Zahl von 23 weiteren Entlassungen war eine Falschmeldung. Außer den vier Festgenommenen und dem einen Kollegen, der später von der Polizei ‚entlarvt' wurde, wurde noch eine Kollegin am selben Tag aus anderen Gründen entlassen, die mit den Vorfällen am Dienstagmorgen im Pausenraum nichts zu tun hatten. Die AO hatte es mit ihrer revolutionären Taktik also ‚bloß' zu 5 Entlassungen gebracht. Eine Reihe anderer türkischer Kollegen wurde mündlich verwarnt.

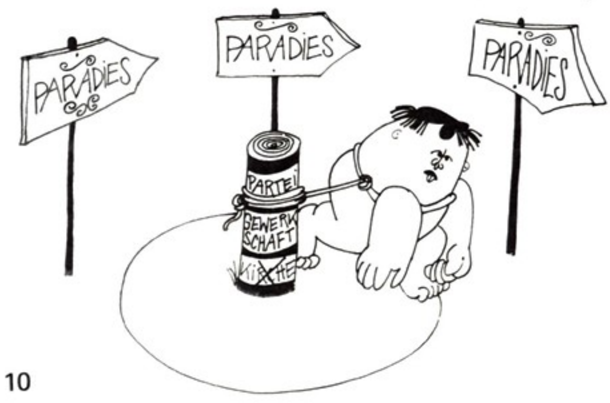
Bezeichnenderweise wurde dieses mit maßlosen Übertreibungen und Lügen gespickte Flugblatt **nicht** vor unserem Werk, wo die Kollegen ja genau wußten, was passiert war, sondern nur vor anderen Betrieben und Berufsschulen verteilt, wo die Kollegen nichts von der wirklichen Situation wußten. Das beweist, daß Lügen und Übertreibungen nicht zufällig und aus Schlamperei, sondern mit voller Absicht verbreitet wurden, mit dem Ziel, die Aktivitäten der AO und ihrer „Roten Hilfe e. V." groß herauszustellen und den Kollegen und Studenten an der Uni vorzugaukeln, bei Osram wäre unter ihrer Führung ein großer Kampf ausgebrochen.

Trotz der niederschmetternden Erfahrungen und trotz des Unheils und der Verwirrung, die die AO jetzt schon unter den Osram-Kollegen und vor allem unter den Türken angerichtet hatte, und trotz der Tatsache, daß sich schon jetzt einige der am Dienstag fristlos entlassenen türkischen Kollegen sich von der „Roten Hilfe e. V." klar distanziert hatten, erwiesen sich die „erfahrenen Kämpfer" der AO als blinde Opfer ihrer eigenen Propaganda und riefen zu neuen Aktionen auf. Am Donnerstag verbreiteten sie unter Kollegen, am Freitag würde gestreikt und sie würden vor Schichtbeginn das Werk von außen ‚dicht machen'. Der Betriebsrat lief den ganzen Donnerstag rum und empfahl den Kollegen, am nächsten Morgen das Werk erst zu betreten, wenn dies ohne Schwierigkeiten möglich sei. Sie würden die Ausfallzeit voll bezahlt bekommen! Die meisten Kollegen nahmen das dankbar zur Kenntnis, da sie weder gewillt waren, zu streiken, noch „ihr Werk freizukämpfen".

Am folgenden Morgen, 23. 11. 1973, verteilte die AO vor der Frühschicht ein Flugblatt, in dem es heißt: „Abeiter von Osram! Treten wir heute in den Streik, um endgültig unsere Forderung nach der Rücknahme der Kündigung des türkischen Dolmetschers und die sofortige Wiedereinstellung aller entlassenen Kollegen durchzusetzen. Wir versammeln uns jetzt vor dem Tor und werden demokratisch über den Streik abstimmen. – Wir werden demokratisch unsere Forderungen beschließen. Wir werden demokratisch die Kollegen wählen, deutsche, türkische, griechische und jugoslawische, die eine Streikleitung bilden, den Streik organisieren und mit der Geschäftsleitung verhandeln."

Angesichts der wirklichen Situation im Betrieb war dieser Aufruf völlig lächerlich, er wurde auch von keinem Kollegen ernstgenommen. Keiner machte Anstalten, für irgendetwas abzustimmen, zu streiken und vor allem eine Streikleitung zu wählen (was für die AO ja immer das Wichtigste ist). Da nützten auch die vielleicht hundert ‚Menschen' nichts, die in Autos vor dem Werk auf eine Aktion der Kollegen warteten, um sie dann mit der Kampferfahrung und der Kraft des KSV zu stärken. Zu diesem Zeitpunkt war die Reaktion der Kollegen nicht mehr nur Verwirrung und Resignation, sondern

(Forts. S. 11)



## Osram (Fortsetzung v. S. 10)

schon völlige Interessenlosigkeit und offene Ablehnung gegen diese Leute ‚vor dem Tor'. Die „Rote Hilfe e. V." und ihre verbündeten Studenten zogen denn auch schon, bevor die letzten Kollegen zur Arbeit kamen, wieder ab. Betriebsrat und Geschäftsleitung nutzten die Situation zu maßloser Hetze gegen die ‚Kommunisten' und verbreiteten wilde Gerüchte (‚die wollen das Werk stürmen und eure Autos anzünden').

In einem weiteren Flugblatt wurde mittags bei Schichtwechsel das Fehlschlagen des Streiks allein den Einschüchterungen der Meister und Geschäftsleitung in die Schuhe geschoben. Kein Wort von Selbstkritik und natürlich kein Wort davon, daß es ihr eigenes Vorgehen war, das die resignative und passive Haltung der Kollgen schließlich sogar gegenüber dem vorher so beliebten Dolmetscher zur Folge hatte.

Vier Tage später wurde dann auch noch ein Flugblatt verteilt, in dem die „Rote Hilfe e. V." dazu aufforderte, die Kollegen sollten eine außerordentliche Betriebsversammlung fordern. Auch dieses Flugblatt fand überhaupt keine Resonanz mehr. Die Strategen von der AO kennen natürlich ihr Betriebsverfassungsgesetz. Dort heißt es in § 43, Abs. 3: „Der Betriebsrat ist berechtigt und auf Wunsch des Arbeitsgebers oder von mindestens einem Viertel der wahlberechtigten Arbeitnehmer verpflichtet, eine Betriebsversammlung einzuberufen und den beantragten Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung zu setzen." Nur wissen sie nicht, daß die zu einer außerordentlichen Betriebsversammlung benötigten Unterschriften nur im Werk zusammengebracht werden können von Kollegen, die das Vertrauen großer Teile der Belegschaft haben. Und sie hatten keinen Schimmer davon, daß eine Betriebsversammlung zu dem Zeitpunkt politisch fatal gewesen wäre: Die Belegschaft war so gespalten, verwirrt, eingeschüchtert, mißtrauisch oder gar offen feindlich gegenüber den gekündigten Kollegen, die jetzt mit den „Menschen vor dem Tor in einen Topf geworfen wurden, daß Geschäftsleitung und Betriebsrat hätten offen und ungestraft auftrumpfen können.

## Nun zu den Entlassenen

Von den fünf entlassenen türkischen Kollegen waren mindestens zwei dabei, die mit der Aktion am Dienstagmorgen überhaupt nichts zu tun hatten. Sie waren zufällig im Pausenraum gewesen und wurden von der Polizei rausgeprügelt, ohne daß sie selber aktiv geworden wären. Ein weiterer hat sogar seine Kollegen ausdrücklich davor gewarnt, sich in diese Auseinandersetzung mit der Polizei einzulassen. Er wurde dann später von der Polizei als ein ‚Sprecher' der Türken identifiziert und entlassen. Die anderen Kollegen waren zwar mit Mukadder näher bekannt, hatten aber keine Vorstellung, was eigentlich Mukadders Freunde, die AO und die „Rote Hilfe e. V." politisch wollen.

Das führte dann auch dazu, daß in dem besagten ‚Osram-Solidaritätskomitee' kein einziger der Entlassenen mitarbeitete. Gebunden waren einige von ihnen an die „Rote Hilfe e. V." nur noch über deren Rechtsanwalt, der vor dem Arbeitsgericht gegen ihre Kündigung Klage erhoben hatte. In Diskussionen mit Kollegen aus dem Betrieb, türkischen und deutschen, die den Entlassenen helfen wollten, kam heraus, daß ihnen allen die politische Linie der „Roten Hilfe e. V." überhaupt nicht bekannt war bzw. verdächtig oder falsch vorkam.

Da die Entlassenen von dem Geld, das die „Rote Hilfe e. V." mit großem Tamtam in ganz Westberlin für sie gesammelt hatte, entweder nicht wirksam unterstützt wurden, oder es überhaupt abgelehnt hatten, von der „Roten Hilfe e. V." Geld anzunehmen, kamen sie mit ihren bis zu sieben Köpfen zählenden Familien in arge Bedrängnis. Das konnte nur notdürftig ausgeglichen werden von dem Geld, das Osram-Kollegen unter schwierigen Bedingungen im Betrieb sammelten. Die zu dieser Sammlung nötige heimliche Agitation hat den ersten Ansatz dazu geschaffen, die von der „Roten Hilfe e. V." zerstörte Solidarität unter den Kollegen wieder herzustellen.

Den Entlassenen war ebenso unklar, wie sie gegen die Kündigung wirklich vorgehen sollten. Der „Rote Hilfe e. V."-Anwalt ließ sich zwar von dreien von ihnen eine Vollmacht ausstellen, redete aber nicht mit ihnen über den zu erwartenden Prozeß und über ihre Chancen, diesen Prozeß zu gewinnen. Diese Unsicherheit bei den Entlassenen führte dazu, daß zwei von den Entlassenen mit ihren Vertrauensleuten, die mit der Haltung des Betriebsrats nicht einverstanden waren, zur Gewerkschaft gingen und dort Rechtsbeistand erhielten; ein anderer, der erst vor einem Monat in die Gewerkschaft eingetreten war und keinen Anspruch auf Rechtsbeistand hatte, ging zu einem anderen Rechtsanwalt. Schließlich zogen auch die zwei letzten Entlassenen ihre Prozeßvollmacht für den „Rote Hilfe e. V."-Anwalt zurück. Somit war für sie auch die letzte Verbindung zur „Roten Hilfe e. V." gekappt.

Das alles aber hinderte diese „Rote Hilfe e. V.", die AO und das ‚Osram-Solidaritätskomitee' nicht, die Entlassenen als bewußte „Kämpfer" herauszustellen. Das geschah auf einer groß angekündigten Veranstaltung am 2. 12. 1973, auf derBaha Targyn, Mukadder und Funktionäre der „Roten Hilfe e. V." großsprecherische Reden hielten, in denen abermals die Lage bei Osram mit der bei Ford/Köln gleichgestellt und Mukadder so zu einem zweiten Baha Targyn wurde. Bezeichnend für diese Großsprecherei ist, daß auf dieser Veranstaltung kein einziger Osram-Kollege anwesend war und auch keiner der Entlassenen. Das heißt, jetzt mußte eigentlich auch dem letzten klar sein, daß das ‚Osram-Solidaritätskomitee' ein von den Osram-Kollegen völlig abgehobenes Phantasie- und Propagandagebilde der KPD war. Den anwesenden KSV-Studenten wurde aber dennoch vorgegaukelt, welch großartigen Kampf die KPD bei Osram führt (siehe auch Rote Fahne vom 5. 12. 1973).

## Was ist das Ergebnis dieser AO-Kampagne ???

Was vorher unter oft langwieriger Kleinarbeit bei Osram erreicht werden konnte, nämlich eine solidarische Bewegung unter den Kollegen, wurde zunächst kaputtgemacht. Vorherrschend waren Verwirrung über das Vorgehen Mukadders und die Ziele und Methoden seiner Freunde, und Resignation, weil der gemeinsame Widerstand, der am Anfang durchaus da war, gegen die Kündigung Mukadders durch das Vorgehen der AO zunichtegemacht wurde. Zudem hatte es die Geschäftsleitung angesichts der geradezu selbstmörderischen Taktik Mukadders und dem ebenso ahnungslosen wie verantwortungslosen Vorgehen der AO leicht, die Kollegen einzuschüchtern und dazu antikommunistische Vorurteile aufzubauen oder zu verstärken.

Angesichts dieser vermasselten Situation war es sehr schwer, eine von den Kollegen ausgehende Solidarität mit den entlassenen Kollegen zu organisieren. Das war gerade bei den Türken schwer, weil die jetzt am meisten verwirrt und ängstlich waren. Es blieb bei einer vorsichtigen Geldsammlung und bei bescheidener Hilfe für die Entlassenen bei der Arbeitssuche und der Beschaffung von Kleidern für deren Kinder. Die entlassenen Kollegen trifft es jetzt besonders hart, weil sie kaum Arbeit finden und Angst haben müssen, daß ihre Aufenthaltsgenehmigung nicht verlängert wird. Sie müssen befürchten (wenn sie keine Arbeit finden), daß sie angesichts des jetzt einsetzenden Gastarbeiterstops in die Türkei zurückmüssen. Allerdings haben sie nach Auskunft der Rechtsanwälte durchaus Chancen, ihren Arbeitsgerichtsprozeß zu gewinnen. Aber bei Osram werden sie wohl kaum wieder eingestellt.

Zur AO ist festzuhalten, daß sie es mit ihrer völlig von den realen Bedingungen abgelösten Taktik innerhalb kurzer Zeit erreicht hat, eine Bewegung unter den Osram-Kollegen dermaßen zu bremsen, daß es vermutlich eine längere Zeit dauern wird, bis die Solidarität und die Kampfbereitschaft unter den Kollegen, besonders unter den türkischen, wieder so weit ist wie vorher. Das ist eine klare Schwächung auch für die kommende Tarifauseinandersetzung.

Aus den Aktivitäten der AO kann man ablesen, daß es ihr überhaupt nicht darauf ankommt, unter den Kollegen eine kämpferische Bewegung zu unterstützen und die Kollegen dahin zu bringen, sich im Betrieb gegen die Angriffe der Kapitalisten zu wehren. Außerdem zeigte es sich, daß die Genossen der AO überhaupt nicht in der Lage sind, die Situation in einem Betrieb einigermaßen realistisch einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Nur so ist es zu erklären, daß sie die Situation bei Osram mit der bei Ford/Köln einfach gleichsetzten.

Eine weitere Fehleinschätzung, die sich niemand leisten würde, der auch nur die geringste Ahnung über die Kampfmöglichkeiten im Betrieb hat, bestand darin, daß die AO-Funktionäre meinten, allein mit einer permanenten Agitation vor dem Tor würde sich im Betrieb etwas tun.

Ihre Taktik lief darauf hinaus, durch aufgesetzte und von den Kollegen überhaupt nicht getragene Aktivitäten einige Kollegen zu exponieren, sie zu Opfern des Kapitals zu machen und dann mit diesen Opfern propagandistisch zu arbeiten. Dabei ist es ihnen völlig gleichgültig, ob diese Kollegen – wie bei Osram – überhaupt ihre eigene Lage und die Politik der AO richtig einschätzen können oder nicht. Die KPD-AO hat in jedem Fall ein Solidaritätskomitee mehr, mit dem sie sich schmücken und mit dem sie sich in der Propaganda als die vorantreibende Kraft im Klassenkampf aufplustern kann. Ob dabei der reale Kampf in den Betrieben vorankommt oder kaputtgeht, ist ihr völlig gleich. Diese Politik trägt objektiv dazu bei, die Kampfkraft der Kollegen zu schwächen, organisierte Ansätze der Kollegen in den Betrieben kaputtzumachen und die antikommunistische Haltung vieler Kollegen zu stärken

Klassenkampf, Betriebsgruppe bei Osram Westberlin



WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich ist unsere liebe Genossin Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Kto. 4684-852 Pscha Nürnberg.

# Der lange Marsch: Scheinradikalität und Klassenkampf

Hier wird gestreikt

Menschen sind keine Maschinen

Es scheint, als wärn das Radikale..

Arbeite erfrischt

Sowas!

**Kritik von Genossen der Zeitung „Der lange Marsch" an der Einschätzung der Streiks um den Lohnrahmentarifvertrag in Nordwürttemberg/Nordbaden im Artikel „Streik ohne Klassenkampf" (WWA Nr. 9, Okt. 1973); erschienen in: „Der lange Marsch" Nr. 7 (Dez. 1973) „Scheinradikalität und Klassenkampf"**

Im Oktober konnte die Industriegewerkschaft Metall (IGM) nach einem knapp einwöchigen Schwerpunktstreik im wesentlichen ihre Forderungen zum neuen Lohnrahmentarifvertrag für den Bezirk Nordwürttemberg (NW/NB) gegen die Kapitalvertreter durchsetzen.

Die wichtigsten Forderungen waren: 6 Minuten Mindesterholzeit für Fließband-, Akkord- und Prämienarbeiter; Kündigungsschutz und Verdienstabsicherung ab 50. Lebensjahr; Verbot von Arbeitstakten unter 1,5 Minuten bei Fließband- und Taktarbeiten; Akkordlohngarantie von 140 %.

Ergebnis: 5 Minuten Mindesterholzeit; relativer Kündigungsschutz ab 53. Lebensjahr; Verdienstabsicherung ab 55. Lebensjahr; keine weitere Kürzung der Taktzeiten, bei Neueinrichtung nicht unter 1,5 Minuten; 125 %, nach zwei Jahren 130 % Akkordlohngarantie.

## „Streik ohne Klassenkampf"

Wir wollen versuchen, in der Kritik an zwei, ihrem Selbstverständnis nach konträren linken Positionen bzw. an ihren Stellungnahmen zum Streik die Auseinandersetzung um den Lohnrahmentarifvertrag zu diskutieren.

In der Zeitung „WIR WOLLEN ALLES" (WWA) vom Oktober wird versucht, den Streik und sein Ergebnis zu kommentieren. Bereits die Überschrift „Baden-Württemberg – Streik ohne Klassenkampf" zeigt die Unfähigkeit oder Unwilligkeit, an den konkreten Klassenkampf überhaupt heranzugehen. Seit wann streiken die baden-württembergischen Metallarbeiter zum Vergnügen des Kapitals?

Die Überschrift sollte wahrscheinlich lauten: 'Streik ohne Klassenkampf, wie ihn WWA sich vorstellt'. Das wäre dann sicherlich richtig gewesen. Dem ganzen Artikel liegt die in dieser Aussage enthaltene Methode zugrunde: Der konkreten Klassenauseinandersetzung wird die **Vorstellung** vom Klassenkampf der WWA-Genossen gegenübergestellt (wahrscheinlich alles vom Barrikadenkampf aufwärts), ohne auch nur den Versuch zu machen, den konkreten Klassenkampf näher zu betrachten, und zwar in seinen widersprüchlichen Äußerungen. Die Verfasser kommen so ohne große Schwierigkeiten zu dem Schluß, daß die Forderungen, die Gegenstand des Streiks waren (allgemein: Humanisierung der Arbeitsbedingungen), im Grunde nur Humbug sind: „Das Problem dabei ist nur, daß es diese Humanisierung nicht gibt – die humane Alternative zur Arbeit ist die Nicht-Arbeit.

Genossen, daß ihr in diesem Sinne nicht arbeitet, das ist bekannt. Aber, den Arbeitsbegriff von Marx habt ihr dadurch auch nicht begriffen. Gefährlich wird es bloß, wenn ihr aus eurer Position allgemeine Forderungen für die Arbeiterklasse ableitet. Ihre eigene religiöse Vorstellung, die Arbeiter sollten erst einmal schön zu Hause bleiben, dann würde der liebe Gott schon wieder Manna schicken (Als die Kinder Israels in Not gerieten, versorgte sie der Herrgott direkt mit himmlischem Brot), glauben die Genossen von WWA auch bei den Arbeitern vorzufinden: "Das haben die ARbeiter auch begriffen – und die Tatsache, daß sie zwar brav, aber ohne Begeisterung in den Streik zogen, zeigt das deutlich." Das Problem dabei (scheint uns) ist nur, daß die Arbeiter offensichtlich doch weniger Vertrauen in den lieben Gott setzen als die Genossen von WWA.

Die Studentenpartei „Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) erzählt in ihrem Zentralorgan „kommunistische volkszeitung" (November-Ausgabe) den Arbeitern ebenfalls, daß ihre „Scheinkämpfe" für die Katz sind: „Wir Kommunisten wissen, daß man erst den Kapitalismus abschaffen muß, wenn man sichere Arbeitsplätze, gesicherten Verdienst, menschlichere Arbeitsplätze schaffen will." Wie dieser Kapitalismus abgeschafft werden soll, verraten die Kommunisten den Arbeitern allerdings nicht. Wir sehen dabei einmal von der Beitrittsaufforderung in ihre Organisation ab.

Trotz ihrer unterschiedlichen Zielvorstellungen liegt die wesentliche Identität beider Positionen in der Methode des Herangehens an konkrete Klassenkämpfe und der daraus resultierenden Pseudoradikalität, mit der sie versuchen, die Arbeiter wegen ihrer angeblich kleinlichen und hilflosen Forderungen zu beschimpfen. Da beide Gruppen offensichtlich nicht auch nur die kleinste Verbesserung der Arbeitsbedingungen wie auch nur einen Pfennig mehr Lohn dem Kapital abtrotzen können, denunzieren sie die tagtägliche Guerilla-Tätigkeit der Klasse mit dem **unvermittelten** Hinausbrüllen des 'Endziels'. Mit diesem Verhalten fördern sie einen Mechanismus, der selbst Wahrheiten zu Binsenweisheiten verkommen läßt und ihnen damit ihre subversive, d. h. emanzipatorische Kraft raubt.



An den 'jämmerlichen' Forderungen der Arbeiter ist für WWA „die Gewerkschaft" schuld – für den KBW „die Gewerkschaftsführung". Die Gründe für die Politik der Gewerkschaft sieht WWA in deren Absicht, die durch die tatsächliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eingetretene Unzufriedenheit der Arbeiter mit einer „präventiven Offensive" zu entschärfen, und zweitens in der Absicht, vom „Hauptinhalt der letzten Kämpfe" (Teuerungszulagen) mit einem „Ausweichmanöver" abzulenken. Wer ist hier überhaupt die Gewerkschaft?

Der Zusammenschluß der Arbeiter in den Betrieben? Der Gewerkschaftsapparat? Die Gewerkschaftsführung? Der KBW unterscheidet wenigstens noch zwischen Gewerkschaftsführung und Gewerkschaftsbasis – wenn auch falsch und mechanisch: er stellt den Gewerkschaftsführungen eine unbefleckte Arbeiterklasse gegenüber, die von diesen Führungen immer nur mit falschen Parolen und Forderungen verführt wird. Das 'brave In-den-Streik-ziehen' von WWA liegt auf der gleichen Ebene. Keine der beiden Gruppen ist in der Lage, die Gewerkschaft als widersprüchliche Einheit mit wechselseitigen Abhängigkeiten ihrer verschiedenen Seiten zu begreifen, deren Gewichtung entscheidend von der konkreten Klassenauseinandersetzung abhängt. Gerade die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, wie hilflos der Gewerkschaftsapparat selbständigen Bewegungen in den Betrieben gegenübersteht.

Um emanzipatorische Bewegungen der Arbeiterschaft unterstützen zu können, kommt es darauf an, die konkrete Situation immer wieder neu einzuschätzen und in ihren Schwerpunkten zu bestimmen. Faktisch hätten WWA und KBW (wenn sie wirklichen Einfluß gehabt hätten) den Hauptvorstand der IGM gegen die gewerkschaftliche Basis in NW/NB, d. h. gegen die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter unterstützt. (Wir werden das weiter unten noch nachweisen.)

## Scheinradikalität und Klassenkampf (Forts. v. S. 12)

Die Entfristung des Lohnrahmentarifvertrags war bereits im Mai, d. h. die Forderungen für den Vertrag wurden lange vor den spontanen Streiks für Teuerungszulagen aufgestellt. Diese Forderungen waren nun nicht Gedankenblitze von Gewerkschaftsführungen, sondern die Forderungen einer regionalen Gewerkschaftsbasis, die als eine der wenigen noch ihre Kampfbereitschaft erhalten und in den letzten Jahren wiederholt unter Beweis gestellt hat (vgl. Dezemberstreik 1971).

Die Forderungen selbst sind dabei nicht nur als Ausdruck der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu verstehen, sondern auch aus der allgemeinen Politisierung der letzten Jahre durch die vermittelte Erfahrung der italienischen und französischen Klassenkämpfe und ihrer Inhalte, wie auch der antiimperialistischen und antiautoritären Bewegung in der BRD und in Westberlin und den daraus hervorgegangenen unmittelbaren Versuchen, in die Betriebe hinein aufklärerisch zu wirken.

In den Forderungen nach Humanisierung der Arbeitsbedingungen drückt sich das allgemeine Bewußtsein aus, daß der Arbeiter auch nach dem Verkauf seiner Arbeitskraft, d. h. auch im Betrieb ein Mensch bleibt, und was noch viel entscheidender war, daß er bereit ist, dafür zu kämpfen.





In den letzten 20 Jahren haben die Arbeiter nicht deshalb nicht für qualitative Forderungen gestreikt, weil die Gewerkschaftsführungen abgewiegelt haben (was sie sicherlich auch getan haben), sondern weil sie u. a. die bürgerliche Rechtsvorstellung akzeptierten, daß mit der Verkauf der Arbeitskraft auch die Verfügung darüber verloren geht.

Die letzte Kampfauseinandersetzung um den Lohnrahmenvertrag wurde nun sicherlich nicht mit den expliziten antibürgerlichen bzw. antikapitalistischen Bewußtsein geführt, was die Auseinandersetzung faktisch jedoch beinhaltete, sondern blieb hauptsächlich moralisch-humanitär. Es ist jedoch gerade auch die Aufgabe von sozialistischen Gruppen, die potentiell sprengenden Kräfte, die in diesen Humanitätsforderungen enthalten waren, aufzuzeigen und zu unterstützen. Trotz der relativ bescheidenen Forderungen und ihrer immanenten Betonung bezeichnen die Auseinandersetzungen einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt im allgemeinen Klassenkampf. Es ist eine ganz andere Frage, wenn maßgebliche Teile der SPD und der ihr verbundenen Gewerkschaftsführer versuchen, mit der Phrase der „Lebensqualität" die ‚neuen' Bedürfnisse kapitalimmanent, sozialpartnerschaftlich zu integrieren. Ob ihnen das gelingt, hängt in erster Linie nicht von ihnen, sondern von den Arbeitern ab. Es scheint uns gerade ein Merkmal des Streiks gewesen zu sein, daß die Arbeiter die Phrase von der Lebensqualität konkret verstanden hatten und diese so ansatzweise gegen ihre sozialdemagogischen Schöpfer wendeten.

Es war das algemeine Bewußtsein, ein Recht auf ein menschliches Dasein auch im Betrieb zu haben, das eine geschlossene Kampfbereitschaft schuf und zwar auch bei den Arbeitern, die von den konkreten strittigen Forderungen überhaupt nicht betroffen waren. Das war die Schicht der Facharbeiter, aus denen sich auch die überwiegende Mehrheit des betrieblichen Funktionärskörpers der IGM rekrutiert. Es wurde hier ein Solidaritätszusammenhang zwischen ausländischen Arbeitern – die hauptsächlich Fließband-, Akkord-, Prämienarbeit leisten – und den deutschen sichtbar, der bei den betrieblichen Kämpfen um Teuerungszulagen oft fehlte.

Gerade der allgemeine Inhalt des Streiks hätte von den sozialistischen Gruppen unterstützt, verbreitert und vertieft werden müssen. Es ist ohnehin jedem Arbeiter klar, daß fünf Minuten Pause pro Stunde noch kein menschliches Dasein im Betrieb garantieren. Es scheint ihm mit Recht jedoch so viel wert, daß er dafür kämpft. Es kommt jetzt gerade darauf an, daß diese fünf Minuten nicht nur auf dem Papier bleiben. Das haben die Arbeiter besser begriffen als ihre sozialistischen Ratgeber von WWA und KBW, denen das offensichtlich scheißegal ist. Das trifft gleichermaßen für die Taktzeiten zu. Stumpfsinnige oder weniger stumpfsinnige Arbeit ändert zwar nicht den Charakter der Lohnarbeit, diese Differenz ist aber bis zur Abschaffung der Lohnarbeit für die Erhaltung der psychischen und physischen Substanz des Menschen von eminenter Bedeutung. Daß diese eineinhalb Minuten hier nur ein Anfang sind, ist jedem klar. Aber als solcher muß er auch erst noch durchgesetzt werden. WWA und KBW erzählen den Arbeitern stattdessen, mit welchen Tricks die Kapitalisten ihre Forderungen unterlaufen werden, mit dem Schluß: ‚Na, da seht ihr's! Diese Anstrengung hättet ihr euch sparen können.'

Selbst wenn bestimmte Kapitalfraktionen (vgl. Volvo, jetzt auch Fiat) von ihren Profitinteressen her gezwungen sind, von sich aus ‚humanere' Arbeitsbedingungen einzuführen, wäre es absurd, dies mit der Begründung abzulehnen, damit wird der Profit nur gesteigert, die Kapitalherrschaft nur gefestigt.

Diese zynische Vorstellung einer Verelendungstheorie, die mechanisch nach links ausschlägt, scheint uns bei WWA und KBW vorhanden zu sein. Bislang scheint das westdeutsche Kapital jedoch weit davon entfernt, ‚freiwillig' menschlichere Arbeitsbedingungen zur Verfügung zu stellen.

### Klassenbewegung und Gewerkschaft

Statt der ‚konkreten Analyse der konkreten Situation' stellen WWA und KBW nur immer wieder ihre Vorurteile der Wirklichkeit als Kritik gegenüber und kommen so statt zu einer Einschätzung nur wieder auf ihre sektiererischen Vorurteile zurück.

Die letzte Tarifrunde entpuppte sich mit jedem spontanen Streik, mit jeder betriebsinternen Abmachung (für 90 % der in NW/NB beschäftigten Arbeiter wurden von Anfang an solche Abmachungen erzwungen, was ein Grund für die ‚Ruhe' in diesem Bezirk gegenüber den Preissteigerungen gewesen ist und nicht das spekulierte ‚Ausweichmanöver' einer Gewerkschaft) mehr als eine enorme Schlappe für die Gewerkschaftsführung, die als ausschließlicher Verhandlungsagent für den Verkaufspreis der Arbeitskraft fungiert. Da diese Führung auch eine personelle Seite hat, war dies auch eine Schlappe für deren obersten Repräsentanten Loderer, der durch seine parteipolitische Rücksichtnahme dem Stabilitätsbeitragsgerede der Regierung auf den Leim gegangen ist. Loderer kommt durch die massiven selbständigen Regungen der Betriebe in einen Legitimationszwang, da er als Versager in seiner Hauptaufgabe auf dem nächsten Gewerkschaftstag (1974) mit Sicherheit nicht wieder bestätigt wird.

Loderer versucht deshalb ‚Gesamtmetall' (Unternehmervereinigung) zu einer vorzeitigen Entfristung der Tarifverträge zu bewegen, um sich den formalen Rahmen für eine Wiedergutmachungsaktion zu schaffen. Gesamtmetall wollte dieser Forderung nur zustimmen, wenn sich die IGM zu zentralen Tarifverhandlungen entschließen würde. Das war wieder für Loderer unannehmbar: Zentrale Tarifverträge würden das gewerkschaftliche Kampfmittel Streik entscheidend schwächen, und zwar – und darauf gehen WWA und KBW an keiner Stelle ein – weil die finanzielle Absicherung des Streiks nicht




mehr gewährleistet wäre. Das nicht deshalb, weil dann keine regionalen oder Schwerpunktstreiks mehr möglich wären, sondern weil, vermittelt über eine andere arbeitsrechtliche Situation, das Kampfmittel des Kapitals, die Aussperrung entscheidend gestärkt würde (bei regionalen Tarifverträgen und damit verbundenen Kampfauseinandersetzungen muß bei nur mittelbar begründeten Aussperrungen in anderen Regionen und Bereichen Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden, bei zentralen Verhandlungen nicht).

Solche Überlegungen sind natürlich für Forderungen wie statt Arbeit „Nicht-Arbeit" (WWA) und „muß die kapitalistische Produktionsweise, den kapitalistischen Staat abschaffen" (KBW) völlig belanglos. Bis „das letzte Wort der sozialen Wissenschaft' gesprochen wird: „Kampf oder Tod; blutiger Krieg oder das Nichts. So ist die Frage unerbittlich gestellt. George Sand" (Marx), können die Fragen des alltäglichen Klassenkampfes (wie z. B. die finanzielle Absicherung von Streiks) nur von Gruppen, die sozial davon nicht betroffen sind, mit großmäuligen Phrasen übergangen werden.

Das heißt nicht, daß die gegenwärtigen Probleme der Klassenauseinandersetzung nicht kritisiert werden dürfen. Kritisieren heißt aber nicht beschimpfen. Loderer war gezwungen, nach dem Scheitern der Spitzengespräche den starken Mann zu markieren und entsprechende Drohungen auszustoßen. Um diesen Drohungen Nachdruck verleihen zu können, braucht er kampffähige Betriebsorganisationen. Hier zeigt sich die besondere Dialektik von Führung und Basis in einer undemokratisch strukturierten Organisation, wo die Führung eine möglichst unselbständige Basis wünscht, andererseits gezwungen ist, um sich als Führung zu behaupten, die Kampffähigkeit der Basis zu erhalten, was wiederum deren Selbständigkeit fördert. In den letzten Jahren hatte gerade der Bezirk NW/NB immer wieder seine Kampfbereitschaft beweisen müssen, wo er wegen seiner zeitlich exponierten Stellung den Vorreiter für die anderen Tarifbezirke spielte.

Wollte Loderer seine Drohungen wahrmachen, könnte er dies letztlich nur mit einem kampfstarken Bezirk – und das ist mit einigem Abstand Nordwürttemberg/Nordbaden. Er konnte sich dabei ausmalen, daß, wenn dieser Bezirk eine harte Kampfauseinandersetzung um den Lohnrahmenvertrag führt, er für die Lohnauseinandersetzung nur noch mit geschwächter Kraft bereit steht. Loderer versuchte deshalb im Lohnrahmenvertrag abzuwiegeln und mußte nur durch die geschlossene Kampfbereitschaft der Basis dieses Unterfangen aufgeben.

Es war genau umgekehrt, als wie WWA spekulierte: kein ‚Ausweichmanöver' der Gewerkschaft, sondern ein der Führung von den Betrieben aufgezwungener Kampf. Der Streik ist neben seinem unmittelbaren Inhalt gleichermaßen ein Schritt vorwärts in der Selbstständigkeit der Betriebsorganisationen gegenüber dem Gewerkschaftsapparat. Statt einer falschen Fixierung an Führungsapparate kommt es für sozialistische Gruppen darauf an, die kämpferische Selbständigkeitsbewegung in den Betrieben kritisch-solidarisch zu unterstützen. Ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, die konkrete Dialektik von Reform und Revolution zu bestimmen, erstarrt die Revolution zur ‚revolutionären' Phrase. Radikalität der Worte ist hier nur Scheinradikalität.

# Zerstörer oder Revolutionäre ????

Das Bemühen der DKP, zu zeigen wie brav, ordentlich und lieb sie ist, nimmt manchmal Züge an, die den Methoden der politischen Polizei gleichen. Vor den ADLER-Schreibmaschinen-Werken in Frankfurt, in denen Mitglieder von ziemlich allen kommunistischen Parteien und Gruppen arbeiten, die ein deutscher Prolet ertragen muß, wurde eine Betriebszeitung der DKP verteilt, aus der wir einen Artikel nachdrucken. In dem Artikel wird den Genossen, die links von der DKP stehen, unterstellt, daß sie sich nicht bloß an den Toiletten vergehen (ein starkes Stück!), sondern auch tödliche Fallen stellen, um die Probleme der Arbeiter selber zu schaffen. Obwohl wir immer wieder mit DKP-Genossen, die selber im Betrieb arbeiten, gut zusammenarbeiten konnten, erscheinen in DKP-Betriebszeitungen nach wie vor solche dreisten Verleumdungen irgendwelcher Schreibtischtäter. Offenbar hat ein normales DKP-Mitglied auf den Quark, den übergeordnete DKP-Gremien von sich geben, ebensowenig Einfluß, wie ein SPD-Mitglied Einfluß auf die Politik seiner Partei hat. – Übrigens: soweit wir es mitbekommen haben, kam nicht mal der rechte ADLER-Betriebsrat auf den Gedanken, diese blödsinnigen Aktionen den Linken zu unterstellen. Dazu brauchte er erst die DKP.

„Seit einiger Zeit werden bei ADLER im Werk I und im Werk II Milchautomaten aufgebrochen, dann die elektrischen Zuleitungen durchgeschnitten – lebengefährlich für alle. Auf den Damentoiletten werden Lichtschalter aus der Wand gerissen, die blanken Elektrodrähte schauen hervor – lebensgefährlich für alle. Toiletten werden beschädigt, man vergeht sich an toten Gegenständen, die Arbeitern und Angestellten dienen und die man braucht. Wir meinen, daß dies alles schon nach absichtlicher Zerstörungswut aussieht. Wut weshalb? Und weshalb an Einrichtungen ausgelassen, die jeder Kollege braucht, aber nicht der Unternehmer? Direktoren und Topmanagement gehen nicht auf Arbeiter- und Angestelltenklos! Diese Zerstörungen sollen vielleicht den Kapitalisten schädigen, aber in Wirklichkeit werden die Arbeiter und Angestellten geschädigt. Sind erst genügend Toiletten zu Bruch gegangen, wird man sagen, die Arbeiter (und dann geht's wieder gegen die ausländischen Kollegen!) können damit nicht umgehen. Kulturloses Volk – dann gibt's eben keine Toiletten aus Porzellan mehr, dann gibt's Plumps-Klosetts. Als ob wir nicht wahrlich schon genug und schwerwiegende Probleme mit den Unternehmern am Halse haben. Da schaffen wir uns doch nicht noch unsere Kloprobleme selber!

Diese Typen haben vom Kampf der Arbeiter nicht das mindeste verstanden. Sie wollen nicht begreifen, daß sie Arbeiter und Angestellte, ihre Kollegen, damit treffen. Es gibt nicht nur Opportunisten nach rechts, die gemeinsame Interessen dem Unternehmer verkaufen, sondern es gibt auch Opportunisten nach links, das sind die, die mit der Arbeiterbewegung nichts zu tun haben und nie etwas mit ihr zu tun gehabt haben, aber als Kleinbürger unzufrieden geworden sind und deshalb alles auf den Kopf stellen, ohne sich um Kampferfahrungen zu kümmern, nicht denken, sondern blind Stichworte vor sich hinbabbeln.

Jeder aber, der diese Gesellschaft für die arbeitenden Menschen verbessern will, weiß: Nur mit allen arbeitenden Menschen kann unsere Gesellschaft verändert werden, das läßt sich nicht zwingen, da muß überzeugt werden. Damit beginnt jede revolutionäre Arbeit, und sie endet nicht eher, als für Arbeiterforderungen eine Massenbasis geschaffen ist. Das weiß jeder Sozialist und jeder Kommunist, und deshalb hat er mit solchen Zerstörern, Anarchisten und ultralinken Phrasendreschern nichts zu tun!"

# Bullenterror im Betrieb

Seit Mai 1973 weht in den westdeutschen Großbetrieben ein schärferer Wind. Die Arbeiter in der Massenproduktion (am Band, im Akkord usw.), die ausländischen und die deutschen Massenarbeiter haben begonnen, **ihre** Forderungen praktisch durchzusetzen: Mehr Geld und mehr freie Zeit, gegen das mörderische Arbeitstempo und gegen die Antreiber – gegen die kapitalistische Arbeit.

Forderungen, die aber auch nichts mehr mit den Interessen der Unternehmer und ihren Vebündeten, Gewerkschaft und SPD-Regierung, zu tun haben, da sie sich gegen die kapitalistische Arbeitsorganisation selber richten. Und diese Forderungen sind keineswegs isoliert, sondern sind schon längst aus den Kämpfen der italienischen und französischen Bandarbeiter bekannt und, von Seiten der Unternehmer, gefürchtet. Gefürchtet, weil jetzt auch die in Deutschland ausgebeuteten Massenarbeiter begonnen haben, nicht nur zu fordern und zu hoffen, sondern ihre Interessen praktisch durchzusetzen. Darum gab es für die Bosse bei diesen Arbeiterkämpfen keine Konzessionen mehr. Sie schlugen zurück:

- Sie verstärkten den Werkschutz, stellten zusätzliche Spezialkommandos auf, die die aktiven Arbeitergruppen in bestreikten, besetzten Werken ständig filmten, beobachteten und in schwarzen Listen zusammenfaßten.
- Sie bauten Streikbekämpfungszentralen in den Werken auf, um Knüppelaktionen gegen die Arbeiter vorzubreiten. Unter der Leitung der Wekschutzkommandos wurden Vorarbeiter und Meister, Techniker, Ingenieure, Verwaltungshengste und betriebliche Gewerkschaftseinrichtungen zu einem Knüppelkommando zusammengeschlossen.
- Die politische Polizei und andere Spezialeinheiten der Polizei wurden mobilisiert und in der Umgebung der Fabriken in Wartestellung gebracht. Sie sollten, sobald die Knüppelprovokation im Werk ablief, das Werk abriegeln und die aktivsten Arbeiter verhaften.

Erfolgreich – für die Bosse – wurden diese Vorbereitungen bei der Zerschlagung des Fordstreiks eingesetzt. Um sieben Uhr früh hatte der Personalchef bei Ford, Bergemann, an einem Haupttor den gesamten Werkschutz, als Arbeiter verkleidete Polizisten, Mitglieder des Betriebsrats und der Vertrauensleute der Industriegewerkschaft Metall, sowie Obermeister und Ingenieure um sich geschart. Unter den etwa 300 Mann befanden sich keine deutschen Arbeiter. Um das zu verschleiern, hatte das Terrorkommando Plakate und Transparente mit der Aufschrift: „Wir wollen arbeiten" gemalt. Einheiten der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens waren in taktisch günstige Wartestellungen an den Haupttoren und vor den Hallen gegangen. Es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob es zwischen deutschen „Arbeitswilligen" und Arbeitsemigranten während einer Demonstration bei Schichtwechsel zu einer Massenschlägerei käme. Die Polizeieinheiten sollten dann dazustoßen, den Demonstrationszug der Streikenden vollends zerschlagen und das Streikkomitee verhaften. Tatsächlich verlief alles nach Plan. Die kämpfenden Genossen waren unvorbereitet. Sie hatten den Betrieb zwar besetzt, aber keinen der neuralgischen Punkte als Faustpfand in der Hand, um das Werk wirklich zu kontrollieren, die Kommunikation zu verbessern und der brutalen Falle durch eigene flexible Aktionen zu entgehen.

Sobald die getarnte Gegendemonstration eine günstige Position gegenüber dem Aufmarsch der Streikenden erreicht hatte, gab Personalchef Bergemann das Signal: „Meine Herren, jetzt müssen wir kämpfen." Kämpfen, denn bei jedem weiteren Streiktag würde die gesamte europäische Produktion bei Ford zusammenbrechen. Innerhalb weniger Minuten wurden die demonstrierenden Genossen brutal zusammengeschlagen – mit Schlagstöcken und Werkzeugen, die vorher an den Trupp der Ford-Parasiten verteilt worden waren. Das „Aufbegehren deutscher Arbeitswilliger" war erfolgreich und wurde in der Unternehmerpresse gebührend gefeiert. Mit Ford war der erste, konsequent gegen die kapitalistische Arbeit gerichtete Kampf des Massenarbeiters in der BRD zerschlagen. Eine große Entlassungswelle, durch die schwarzen Listen der Werkschutzeinheiten lange vorbereitet, setzte ein.

Spätestens seit den wilden Streiks ist klargeworden: wir leben in der **BRD** in einem dauernden Belagerungszustand. Schwerpunkt der Belagerung ist die Fabrik. Für die Arbeiter ist sie seit langem eine alltägliche Erfahrung. Sie ist eine der wichtigsten Gründe dafür, daß der revolutionäre Arbeiterkampf trotz vieler radikaler Ansätze noch immer nicht weiter fortgeschritten ist.



Der Ausnahmezustand wird wirksam, sobald du irgendwo zu arbeiten anfangen willst. Du mußt einen lückenlosen Lebenslauf vorlegen: hast du in den letzten Monaten zu oft den Betrieb gewechselt, krank gefeiert, oder bist du gar durch Kampfaktionen aufgefallen. Die Personalabteilung hat ihre Kanäle, um das in Erfahrung zu bringen. Wenn du Glück hast, gibt es nur eine Routinenachfrage bei der Versicherung, beim Arbeitsamt, beim Wirtschaftsverband. Wenn deine Akte dagegen über die Ermittlungsabteilung des Werkschutzes, die geheime Kriminalabteilung der Großunternehmen, geht, hast du kaum Chancen, daß etwas verborgen bleibt. Denn dann wird eine regionale „Koordinierungsstelle" der Werkschutzeinheiten der Großunternehmen eingeschaltet, die mühelos in Erfahrung bringt, was es über dich bei der politischen Geheimpolizei an Informationen gibt. Denn die Kooperation zwischen dem technisch hochqualifiziert ausgerüsteten Werkschutz mit seinen 80 000 Mann und der Politischen Polizei klappt vorzüglich.

Nehmen wir an, du bis durchgerutscht und fängst zu arbeiten an. Du schaust nach und nach den Arbeitergenossen die Tricks ab, mit denen sie sich noch ein paar Poren gegen die Arbeitsorganisation offenhalten. Große Möglichkeiten hast du dabei nicht, denn die westdeutschen Unternehmer haben seit dem Nationalsozialismus die Arbeitsorganisation systematisch mit zusätzlichen Unterdrückungs- und Überwachungsmaßnahmen verquickt. Nach und nach bekommst du diese Überwachungsmethoden mit. Du hast bald die Werkschutzleute von der Ermittlungsabteilung identifiziert, die in Arbeitskleidung in den Abteilungen herumspitzeln, und dir ist dann sofort klar, daß da, wo sie öfter auftauchen, etwas in der Luft liegt: eine Stechuhr ist zu Bruch gegangen, oder ein Meister wurde verprügelt, oder der Ausschuß hat sich zu stark erhöht. Du identifizierst sie, weil du sie in einer Ecke ein Funksprechgerät benutzen siehst, oder wie sie gerade in ein Auto steigen, um in die Zentrale zurückzufahren. Auf jeden Fall sind die getarnten Werkschützer gefährlich, gefährlicher als die uniformierten Werkschutzleute vom „Streifen- und Ordnungsdienst" oder die Torkontrollen – sie richten kaum Schaden an. Freilich: Der Ermittlungswerkschützer haben auch noch ihre Kontaktleute. Die „V-Personen" sind am gefährlichsten. Sie gehören meistens der SPD-Betriebsgruppe oder dem gewerkschaftlichen Vertrauensleuteapparat an, denn in der BRD wird der Werkschutz seit 1969/70 offen von den Gewerkschaften als Instrument gegen aufsässige Arbeiter unterstützt. Diese Leute reden meistens nicht viel, aber sie sind immer da. Vielleicht siehst du sie nach einer Kampfaktion unverhofft wieder: zusammen mit den Meistern in der Schlägertruppe des Werkschutzes, oder am nächsten Tag zusammen mit der Spitze von Werkschutz und Personalabteilung, wenn sie durch die Hallen gehen, um die „Rädelsführer" herauszugreifen. Hinzu kommen noch die „geheimen V-Leute", die sich auch einmal links geben, die dich plötzlich bei einer Aktion gegen die Maschine, gegen das Fließband fotografieren: das sind Spitzel, die oft den dreifachen Lohn bekommen und mit dem Werkschutz zusammenarbeiten. Bei größeren Auseinandersetzungen kommen diese Spitzel schnell in großen Scharen.

Aber das alles ist noch nicht besonders schlimm. Du lernst ziemlich schnell, dich an den Belagerungszustand anzupassen. Du lernst kalkulieren, was es bedeutet, wenn du über die einfachen Widerstandsformen hinausgehst. Du wirst vorsichtig. An deinem Widerstand sind meistens nur ein oder zwei Genossen beteiligt. Schon eine kleine Gruppe von drei oder vier Genossen, die kontinuierlich kämpft und nicht nur dabei ist, wenn eine Abteilung plötzlich ihre Chance wittert und gegen die Meister und die Arbeitshetze revoltiert, gehört zu den Seltenheiten.

Schlimmer ist, daß die Unternehmer zusammen mit den Gewerkschaften seit den Septemberstreiks 1969 die üblichen Überwachungs- und Kontrollmethoden weiter vorangetrieben haben. Daß sie es sich inzwischen leisten können, ihre Werkschutzeinheiten mit Maschinenpistolen auszurüsten. Daß es inzwischen in einigen Elektrokonzernen üblich geworden ist, weibliche Werkschutzangehörige anzuwerben, damit sie den Akkordarbeiterinnen bei der Transistormontage beim Verlassen des Werks in den Büstenhalter und in den Schlüpfer fassen. Daß Unternehmern der Nichteisenmetall-Industrie dazu

weiter auf S. 15

# ITT

**zu den Anschlägen auf ITT haben wir eine weitere Stellungnahme erhalten. Ein redaktioneller Beitrag folgt in der Januar-Nummer der WWA.**

Die Anschläge der Revolutionärer Zelle auf ITT in Nürnberg und Berlin finden wir notwendig und richtig! Der Zusammenhang zwischen ITT und Chile wurde unmittelbar kapiert. Genauso hat auch die bürgerliche Presse diesen Zusammenhang (ITT – Chile) schon beschrieben. Was aber in der bürgerlichen Presse nie erscheint – der Zusammenhang zwischen ITT, US-Imperialismus und Ausbeutung, Unterdrückung hier in der BRD – diesen Zusammenhang hättet ihr vor allem erklären müssen. Es kann Euch doch nicht entgangen sein, daß diese Gangster direkt vor unserer Nase sitzen: das Kapitalistenpack, die Geldsäcke, ITT, die Armee der USA, der CIA, der BGS, die Bullen versuchen, die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen, ihre Macht immer mehr mit militärischen Mitteln zu verteidigen – um sich ihre Profite zu erhalten, mit denen sie die blutigen und unblutigen Interventionen gegen die abhängig gehaltenen Völker bezahlen.



ITT Boß Geneen

Zu erklären, daß der US-Imperialismus in den Ländern der dritten Welt „Menschen ausbeutet und unterdrückt, Menschen krankmacht und tötet", ist zu wenig. Wir müssen immer wieder ganz deutlich sagen und verbreiten, warum wir hier in der BRD mit all unseren Mitteln und Möglichkeiten kämpfen. Unsere Identität im Kampf gegen den Imperialismus kann nur unsere eigene Unterdrückung und Ausbeutung, wie wir sie erfahren, sein. Sonst bleibt unsere Solidarität aufgesetzt.

Konkrete Aktionen gegen ITT können niemals symbolisch sein – symbolisch kann man eine Nixon-Puppe verbrennen... Die Schweine schlagen ja auch nicht „nur symbolisch" zu. Die Bosse von ITT haben eure Aktionen als genau das begriffen, was sie sind: ein Angriff auf ihre Macht – sehr real.

*A.S.C.O.*

Bullenterror... Fortsetzung von S. 14

übergegangen sind, an den Werksgrenzen Scheinwerfer und Beobachtungstürme aufzubauen, um Leute, die ihren miesen Lohn durch ein bißchen Buntmetall aufbessern wollen, abzuschießen. Daß der Werkschutz des Bayer-Konzerns in die Fahndung gegen die Rote Armee Fraktion eingeschaltet worden ist. Daß beispielsweise in den Druckereien des Springerkonzerns an allen wichtigen Punkten Fernsehanlagen angebracht worden sind, mit deren Hilfe die Werksschützer an einem zentralen Monitor die Rotationsmaschinen und die Setzereien überwachen. Überall dort, wo man bislang noch ungestört miteinander reden konnte, werden Abhöranlagen installiert, selbst in den WCs. Daß die Aufpasser in den Ausländerwohnheimen der Konzerne inzwischen über Sprechfunkverbindungen mit den Einsatzzentralen der Werkssicherheitsdienste verfügen und innerhalb weniger Minuten die Greifer alarmieren können.

Der Ausnahmezustand gegen die Arbeiteraufsässigkeit wird in ungeheurem Tempo perfektioniert. Praktisch jeder Wirtschaftsverband hat heute mit den Gewerkschaften abgesprochene Alarmpläne für den Fall größerer Arbeiteraktionen in denSchubladen liegen.

Die westdeutschen Unternehmer machen heute riesige Abzüge vom Profit, um die Arbeiter schärfstens zu kontrollieren. Dabei ziehen die Gewerkschaften, bei denen inzwischen übrigens 80 % aller Werkschützer organisiert sind, vollständig mit. Unternehmer und Reformisten wollen gemeinsam alle neuen Kampfformen (Umzüge durchs Werk, Betriebsbesetzungen, Sabotage der Produktion, der Maschinen, der Kontrollinstrumente, Verprügeln von Antreibern) schon im Keim ersticken. Sie haben das Neue dieser Arbeiterkämpfe begriffen: Der Haß der Arbeiter




gegen die Arbeit, das vollständige Desinteresse an den gewerkschaftlichen Versuchen, die Arbeiter durch Mitbestimmung zu Kontrolleuren ihrer eigenen Ausbeutung zu machen, die Erfahrungen der Arbeiter in ihren Kämpfen, die ihnen klarmachte: Arbeiterinteressen setzen nur Arbeiter durch. Und weil sich die Unternehmer und Gewerkschaften über die Tragweite der jetzt entstehenden Kämpfe klar geworden sind, sind sie mit allen Mitteln dagegen angetreten. Sie versuchen, für einen Teil der deutschen Arbeiter die Arbeitsorganisation so zu verändern (teilautomatisierte Produktion), daß er wieder Gefallen an der Arbeit findet, Verantwortung tragen darf und somit bereit ist, bei der gewerkschaftlichen Mitbestimmung mitzumachen.

Mit dieser Strategie versuchen sie den multinationalen Massenarbeiter innerhalb der gesamten Arbeiterklasse zu isolieren. Von der brutalen Auspressung dieser Arbeiterschicht leben die Parasiten; und weil es zwischen den Parasiten und den Bandarbeitern niemals einen Frieden geben kann, versuchen die Herren jetzt den inneren Belagerungszustand zu verschärfen, versuchen sie, sich so hilflose Arbeitssklaven zu schaffen.

Damit wird der Weg der Arbeiterkämpfe vorgezeichnet. Es ist der Weg, der zur bewaffneten revolutionären Arbeiterorganisation führen wird oder aber zu einem langfristigen Rückschlag. Die Fabrik ist heute eine Festung geworden, ihre Söldner sind ausgerüstet mit Funksprechgeräten, Knüppeln und Waffen. In der Fabrik werden die Arbeiter gespalten und ihre Bedürfnisse mit Füßen getreten. Die Antwort kann nur sein, die Fabrik zur Arbeiterfestung zu machen, von der aus die Bosse und die Bullen in die Wüste oder ans Fließband geschickt werden.

Proletarische Front

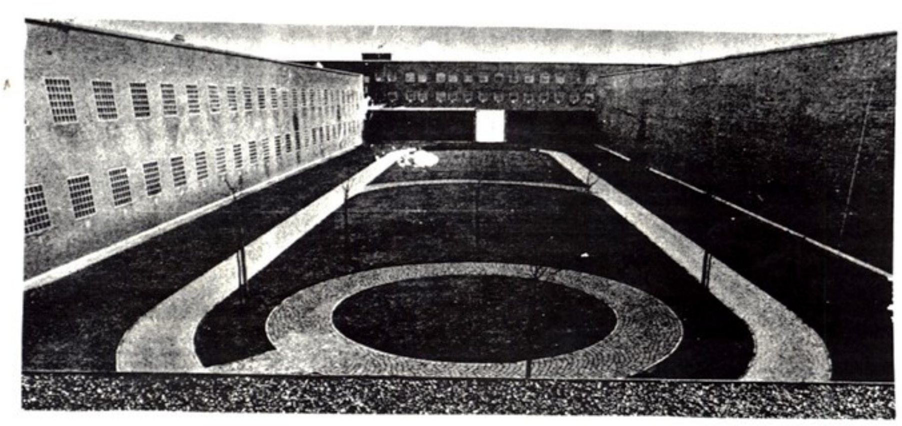
# Hamburg: Folterforschung

Seit Mitte der 60er Jahre läuft im UKE ein Forschungsprogramm, in dem Aggression in allen gesellschaftlichen Bereichen untersucht wird. In einem der 14 Projekte wird mit einer camera silens gearbeitet, d. h. es wird in einem schwingungsfrei aufgehängten Raum getestet, wie Menschen auf totale Isolation reagieren, wie und wielange sie es aushalten, ohne alle Kontakte zur Außenwelt zu sein, ganz zu schweigen von menschlichen Kontakten.

Wozu dies? Wer hat Interesse daran zu erfahren, was aus Menschen wird, die nichts mehr sehen, hören, riechen können, die nicht wissen, wann Tag oder Nacht ist, die alles Zeitgefühl verloren haben? Die Forschungsergebnisse sprechen für sich: Menschen, die man lange solchen Bedingungen aussetzt, werden gebrochen, zeigen Störungen in ihren biologischen Funktionen und sterben in besonders harten Fällen. Und was hier gespenstisch klingt, wird in deutschen und anderen Gefängnissen schon lange angewandt: Die Genossen von der RAF sollen gerade durch solche Mittel gebrochen werden, Mittel, die elegant keine nachweisbaren Spuren traditioneller Folter hinterlassen und dennoch brechen und morden.

2,8 Mill. DM werden von der deutschen Forschungsgemeinschaft für das Gesamtprojekt zur Verfügung gestellt. Und diese sauberen Herren bauen auf eine ehrwürdige Forschertradition: Was der KZ-Arzt Mengele begann, vom CIA fortgeführt wurde, wird von der UNI Hansestadt Hamburg auf eine neue Ebene gehoben: denn schließlich geht es bei so viel Geld nicht nur darum, wie man Gefangene mürbe machen kann, sondern auch um andere Bereiche der allgemeinen Isolationsforschung, z. B. wie kann man verhindern, daß die Bewohner von Neubaughettos auf ihre Isolation mit Aggressionen gegen die Schweine reagieren, die solche Ghettos bauen (z. B. Neue Heimat, SAGA usw.). Und Isolation muß sein, sonst kämen die Leute noch auf die Idee, sich gegen die Wohnungsbaumafia, gegen die Despotie in der Fabrik gemeinsam zu wehren, und dann, nun ja, dann wird's für einige Leute hier gefährlich und so wird munter geforscht, wie man die Leute in isolierte Situationen Stadtteil und Fabrik) mit Hilfe von Medikamenten einerseits und strukturellen Maßnahmen andererseits „stillegen" kann; auf daß wir alle glücklich lächelnde Kretins werden, zu keinem Widerstand mehr fähig, weil die Fähigkeit zur Aggression geraubt wurde, froh auf Befehl malochen und „ja, ja, ja" auf Befehl sagen. Von der Sorte Mensch hat das Kapital eben noch lange nicht genug! Der Kampf gegen diese Unterdrückungs- und Folterforschung muß jetzt, da wir darum wissen, aufgenommen werden, auch von euch! Nicht verzagen, mehr als Papier wagen!!!

In diesen kurz umrissenen Projekten erschöpft sich aber der Forscherdrang nicht. Zusammenarbeit mit der NATO sind selbstverständlich und eine Reihe verwandter Vorhaben wird mit durchgezogen. Darüber aber später und ausführlicher.



JVA Köln-Ossendorf

# WERKSCHUTZ

**1. Aufgaben**

Die Hauptaufgabe ist die Bekämpfung aller Widerstandsformen der Arbeiter gegen die Ausbeutungsorganisation, die von den Unternehmern als „Sabotage" bezeichnet werden. Bekämpft werden vor allem:
„absichtlich langsames oder fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Fernbleiben von der Arbeitsstätte, Vortäuschen von Erkrankungen, Selbstverletzungen, Ungehorsam gegen betriebliche Vorgesetzte, Arbeitsverweigerung, Miesmacherei, absichtliche Beunruhigung der Belegschaft durch Flüsterpropaganda, Gerüchtemacherei, Aufwiegelung, Aufforderung zum illegalen Streik" (aus einem Geheimdokument der Werkschutz-Zentrale des „Bundesverbands der Deutschen Industrie).

**2. Chronologie**

1881 Gründung erster Vorstufen des Werkschutzes: „Verein gegen Seidendiebstähle in Krefeld; „Werftpolizei" auf der Vulkan-Werft, bei Blohm & Voss und auf anderen Krupp-Werften; Werkschutz des Krupp-Konzerns als Vorbild für die gesamte deutschte Eisen- und Stahlindustrie.

1905 Gründung der „Zechenschutzwehren" aus Steigern und unteren technischen Kadern der Zechen, um erstmals massiv gegen große Streiks einzuschreiten.

1914/16 Im Ersten Weltkrieg wird der Werkschutz allgemein eingeführt. Er erhält den Status einer Hilfspolizei. Seine Hauptfunktion: Kontrolle und Unterdrückung der belgischen und polnischen Zwangsarbeiter.

1918/20 Der Werkschutz wird in der revolutionären Nachkriegskrise von den Arbeitern weitgehend zerschlagen, vor allem in Mitteldeutschland, in den norddeutschen Küstenstädten und im Ruhrgebiet.

1920/21 Nach der Niederschlagung der Märzrevolution wird der Werkschutz reorganisiert. Seine Hauptaufgabe bis 1923/24: Entwaffnung der Arbeiter.

1924 Anpassung des Werkschutzes an die Restrukturierung der Arbeitsorganisation und Einführung der Massenarbeit.

1929/32 Der Werkschutz wird in der Weltwirtschaftskrise massiv erweitert und zum Kern der Arbeiterunterdrückung: Verbände des „Stahlhelms" und der NSDAP werden mit herangezogen, um die Klasse auch auf gesellschaftlicher Ebene auszuschalten.

1933/34 Einbau des Werkschutzes in die „Organisation der nationalen Arbeit".

1939/40 Aufbau einer engen Kooperation zwischen Werkschutz und den Leitstellen der Gestapo, die ersten „Arbeitserziehungslager" der Konzerne entstehen, um die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge effektiver als bisher auszubeuten.

1941/42 Der Werkschutz wird zum Instrument der Spaltung der Arbeiterklasse. Er wird laufend um vom Kriegsdienst freigestellte deutsche Kapos erweitert. Massiver Ausbau der „Arbeitserziehungslager", die dem Werkschutz unterstehen. Der Werkschutz wird zum Hauptinstrument der Unterdrückung der multinationalen Arbeiterklasse.

1945/46 Nach der Zerstörung Nazi-Deutschlands bleibt der Werkschutz in den Westzonen erhalten. Er wird bis 1947 der US-Militärpolizei unterstellt („Industriepolizei") und ist Instrument des Unternehmerkommandos auf der Basis der Befehlsgewalt der westalliierten Besatzungsarmeen.

1950 Der Werkschutz geht wieder unter die offene Regie der westdeutschen Unternehmer.

weiter auf S. 16

**Werkschutz (Forts. von S. 15)**

1954 Reorganisation des Werkschutzes entscheidende Zentralisierung in der „Beratungsstelle für Betriebsschutz“.

1960/61 Erneute Reorganisation, neue Hauptfunktion: verschärfte Kontrolle der Emigrationsarbeiter und ihrer Wohnghettos.

1969/70 Modernisierung des Werkschutzes nach den Septemberstreiks, daran sind die Gewerkschaften entscheidend beteiligt. Hauptstoßrichtung: die massenhaft gewordenen neuen Kampfformen der Arbeiter in der Fließbandproduktion.

1971/72 Spezialisierung des Werkschutzes auf gewaltsame Unterdrückung aller kollektiven Kampfformen auf Abteilungs- und Fabrikebene. Er besteht jetzt aus modern ausgebildeten und kriminaltechnisch geschulten 80 000 Mann

### 3. Heutige Zusammensetzung

Der Werkschutz besteht heute aus 80 000 Mann. Er wird zentral von Beamten des Geheimdienstes, der politischen Polizei, der Unternehmerverbände und Gewerkschaftsfunktionären in Haltern bzw. Essen im Ruhrgebiet ausgebildet. Der Kern besteht aus hochqualifizierten Facharbeitern, die meisten Vertrauensleute der Gewerkschaften, Betriebsräte oder Mitglieder der SPD-Betriebsgruppen sind (Rekrutierung auf betrieblicher Ebene). Dieser Kern wird auf überbetrieblicher Ebene durch Unteroffiziere der Bundeswehr, Unterführer der Spezialpolizeien (Bundesgrenzschutz, politische Polizei) usw. ergänzt. In jüngster Zeit werden die Führungspositionen durch Mitglieder des BND-Geheimdienstes reorganisiert.

Prolet. Front

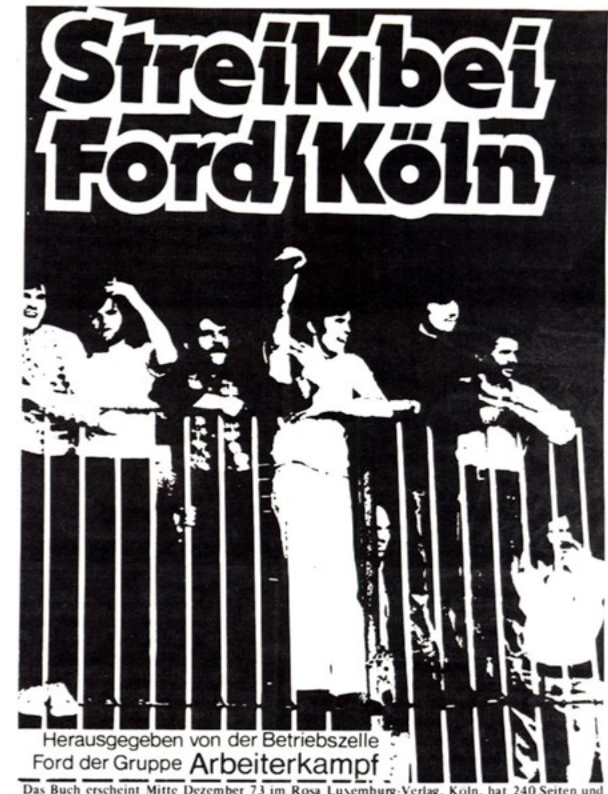
Die materielle Ausrüstung ist in den Großbetrieben am modernsten. Hier herrscht eine Arbeitsteilung in folgendem Sinn:

1. Routineüberwachung (Torkontrollen, Streifendienste)
2. kriminaltechnische Ermittlungsabteilung (Spurensicherung, Aufspüren illegaler Arbeitergruppen, Leibesvisitationen, Hausdurchsuchungen bei den Arbeitern usw.)
3. Spezialeinheiten gegen größere Arbeiterkämpfe (Aufbau von Spitzel- und Provokateurnetzen, Einsatzzentrale mit hochqualifizierten Funksystemen, Heranziehung von überbetrieblichen Alarmkadern usw.). Die Spezialeinheiten verfügen über alle wichtigen automatischen Infanteriewaffen.

#### Werkschutz und Staatsapparat

Mit dem Werkschutz verfügen die Unternehmer und seit neuestem auch die Gewerkschaften über ein Instrument, um die Unterdrückungsstrategie des staatlichen Gewaltapparats entscheidend zu beeinflussen. Der Werkschutz bedient sich dabei des Staatsapparats, und nicht umgekehrt. Die Beziehungen zum Staatsapparat laufen auf zwei Ebenen:

1. offiziell (Austausch von Akten mit Arbeitsbehörden usw., beispielsweise bei Einstellungsüberprüfungen)
2. geheim (die „Abwehrbeauftragten“ der Konzerne, die gleichzeitig die Kommandeure des Werkschutzes sind, haben mit der politischen Polizei und den Geheimdiensten ein geheimes und sehr effektives Informationssystem aufgebaut)




Das Buch erscheint Mitte Dezember 73 im Rosa Luxemburg-Verlag, Köln, hat 240 Seiten und kostet 8.80 DM. Erhältlich in Buchhandlungen mit sozialistischer Literatur oder portofrei per Post durch POLITLADEN ERLANGEN. Alleinvertrieb an Wiederverkäufer ebenfalls durch Politladen Erlangen.

# Bundeswehr – Armee gegen das Volk

Mit den Notstandsgesetzen hat die Bundeswehr 1968 die Legitimation für einen inneren Einsatz erhalten. Von offizieller Seite wird immer versucht, diesen Auftrag zu verniedlichen oder als Hirngespinst einiger ‚Linker‘ darzustellen. Wie ernst die Bundeswehr ihren Auftrag nach innen aber wahrnimmt, sollen folgende Beispiele zeigen:

1. Bei einem Manöver in Münsingen 1973 übten die Soldaten der PzBrig 15 die Erstürmung einer Ortschaft. Zuerst wurde das Dorf von Artillerie und Mörsern zerbombt. Dann fuhren die Grenadiere unter Feuerschutz der Leopards ins Dorf und machten den Rest kaputt.

2. Am 4. 10. 1973 erfuhren die Arbeiter bei Bosch-Blaupunkt in Hillesheim, was unter der Zusammenarbeit der Nato-Streitkräfte zu verstehen ist. 5 000 Soldaten einer britischen Division übten die Niederschlagung eines Arbeitskampfes. Die beiden Werke waren systematisch durch 30 Panzerfahrzeuge eingekreist. Getarnt wurden diese Fahrzeuge und das Probespiel durch einen Wald, der die Firma umgibt. Sichtbar war den Kollegen nur ein Panzerfahrzeug, daß den Eingang der beiden Werke bewachte.

3. Eine andere Ausgangslage: „Arbeiter haben im süddeutschen Raum die Macht ergriffen und ein Rotland erschaffen. In anderen Teilen Deutschlands, die als Blauland bezeichnet werden, kommt es zu Demonstrationen. Vergeblich bemüht sich die Polizei, eine Demonstration vor einer Kaserne aufzulösen. Daraufhin greifen bewaffnete Bundeswehrsoldaten ein.

In Kassel haben offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt. Sie hindern Arbeitskollegen an der Fortführung der Arbeit. Weder der Firmenleitung noch den Gewerkschaften gelingt es, die Wiederaufnahme der Produktion durchzusetzen. Polizeikräfte haben in der vergangenen Nacht die Henschelwerke besetzt. Die Rädelsführer konnten festgenommen werden, für den nächsten Tag werden mehrere Sabotageakte angekündigt. Die Regierung von Rotland drohte heute Morgen in einer nach Blauland ausgestrahlten Rundfunksendung, sie werde der unterdrückten Bevölkerung von Blauland notfalls mit Waffengewalt zu Hilfe kommen. Die Firmenleitung wurde aufgefordert, die Betriebsführung in die Hände der Arbeiterräte zu legen. Daraufhin wird Bundeswehr gegen streikende Arbeiter eingesetzt.“

4. Beim letzten Wintex-Manöver im März dieses Jahres wurde u. a. von folgender Lage ausgegangen: „In der ganzen Zeit, die den kriegerischen Auseinandersetzungen vorausging, wurde in Presseberichten dargestellt, wie die Unruhe in der westdeutschen Bevölkerung zunimmt. Im Raum Mannheim/Ludwigshafen wird der Generalstreik ausgerufen. Die beiden Rheinbrücken zwischen Mannheim und Ludwigshafen werden durch Demonstranten besetzt. In Ulm besetzen Demonstranten den Hauptbahnhof und verhindern Truppentransporte in Richtung Osten. In Baden-Württemberg entsteht eine Bewegung, die für Neutralität eintritt. Dabei kommt es zu Zusammenstößen mit US-Truppen in Mannheim, Heidelberg und Frankfurt.“

Auch wenn andere Manöverberichte nicht so klar den Sinn und Zweck der Bundeswehr offenbaren, dienen sie dem gleichen: Unser Einsatz gegen unseresgleichen wird geprobt. Arbeiter in Uniform gegen Arbeiter. Das ist aber nicht unser Interesse. Denn wenn wir nach 15 Monaten vom Bund wegkommen, erhalten wir den Lohn, den unsere Kollegen draußen erkämpft haben. Die Arbeiter, die jetzt noch in Uniform stehen, werden morgen nämlich gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen streiken.

(aus: Koblenzer Kasernen Zeitung, Nr. 6, Dez. '73, hrsg. von der Antimilitaristischen Gruppe Koblenz, presserechtlich verantwortlich: M. Schmitz, 54 Koblenz, Brender Weg 3)






**Saarbrücken, 10. 12. 1973 dpa/lrs**

Wegen versuchter Gefangenenbefreiung und Widerstands gegen die Vollzugsbeamten hat die Polizei in Saarbrücken mehrere Anzeigen erstattet. Wie die Polizei erst am Montag mitteilte, war es in der Nacht zum Sonntag im Saarbrücker Stadtteil Burbach zu einer Massenschlägerei gekommen, als zwei Polizisten versuchten, einen 31jährigen Algerier wegen Verdachts der Trunkenheit am Steuer vorläufig festzunehmen.

Drei junge Deutsche, die sich in der Begleitung des Nordafrikaners befanden, gingen gegen die Polizisten vor und versetzten ihnen Fußtritte und Faustschläge. Im Verlauf des Tumultes griffen nach Darstellung der Polizei etwa 20 „Straßenbummler“ in den nächtlichen Streit ein und beteiligten sich an der „Befreiungsaktion“ für den Algerier. Durch die Menschansammlung kam der Straßenverkehr zum Erliegen. „Eine Unterstützung der in Bedrängnis geratenen Polizei aus der Bevölkerung heraus war nicht einmal im Ansatz zu erkennen“, sagte ein Polizeisprecher. Erst als die Beamten Verstärkung erhielten, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

**Zwangsurlaub statt Kurzarbeit – Entlassungen bei verlängertem Urlaub** (Ffm.)

‚Die Braun AG verordnete ihren Arbeitern für den 2., 3. und 4. Januar 1974 Zwangsurlaub. Eine Betriebsvereinbarung zwischen Braun und dem Betriebsrat stellt die Arbeiter vor die Wahl, entweder drei Tage unbezahlten Sonderurlaub oder schon drei Tage ihres Jahresurlaubs 1974 zu nehmen. Durch diesen Trick werden die Kollegen um ihr Kurzarbeitergeld gebracht. Er wurde wohl deswegen angewandt, weil das Arbeitsamt den Antrag auf Kurzarbeit wahrscheinlich abgelehnt hätte. Vom Betriebsrat wird der Zwangsurlaub mit ein paar Lügen serviert, z. B. der, Kurzarbeit hätte sechs Wochen vorher angemeldet werden müssen. Unter anderem haben die Kollegen die IGM eingeschaltet, die meinte, dagegen was machen zu können. Soweit ähnliche Schweinereien bekannt werden, bitten wir, sich mit dem RK in Frankfurt in Verbindung zu setzen.

Neben Braun planen auch andere Firmen, Ausländer, die zu spät aus dem Weihnachtsurlaub zurückkommen (auch wenn sie krank waren), zu entlassen. Wenn da Aktionen laufen, bitten wir um rasche Nachricht, um sie in der Agitation bekanntmachen zu können.